

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1949**

32 (17.3.1949)

# UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

FLS

4. Jahr Nr. 32 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Donnerstag, 17. März 1949

## 100000 graphische Arbeiter im Lohnkampf

Bielefeld. Hunderttausend Arbeiter des graphischen Gewerbes der Bizone haben nach der Ablehnung ihrer Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes um 30 Pfennig den Kampf aufgenommen. Am 21. März wird in einer Urabstimmung der Gewerkschaft „Druck und Papier“ entschieden, ob sie ihre Forderungen durch einen Streik unterstützen werden. In einer außerordentlichen Versammlung des Ortsvereins Detmold der Gewerkschaft erklärte der Vorsitzende, es gelte, die Urabstimmung zu einem eindeutigen Willensbekenntnis der Arbeiter zu machen, dann sei der Streik schon zu drei Vierteln gewonnen. Man müsse den Unternehmern die einzig richtige Antwort erteilen: Sofortige Niederlegung der Arbeit im gesamten graphischen und papierverarbeitenden Gewerbe bis zur Erfüllung der Forderungen.

Die Mitgliederversammlung der Industriegewerkschaft Druck und Papier in Essen hat beschlossen, bis auf weiteres nur die 48stündige Arbeitszeit, verteilt auf 6 Wochentage, zu leisten. Das heißt, daß Zeitungen montagsvormittags nicht in der gewohnten Weise erscheinen können.

### „Ein neuer Abschnitt beginnt“

Berlin (UT). Auf die Bedeutung der für den 18. und 19. März in Berlin anberaumten Tagung des Deutschen Volksrats weist das Landessekretariat Sachsen-Anhalt des Deutschen Volkskongresses in einem Aufruf hin. Mit dieser Tagung, auf der das in breiter Diskussion der Bevölkerung geschaffene Grundgesetz der deutschen Nation verkündet werden soll, beginne ein neuer Abschnitt im Leben unseres Volkes.

### Friedensappell des DFD

Der Demokratische Frauenbund Deutschlands fordert alle demokratischen Organisationen auf, angesichts der bevorstehenden Tagung des Deutschen Volksrates, gemeinsame Schritte zur Bildung einer deutschen Friedensdelegation, wie sie der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ apregiert hat, zu unternehmen.

### Kurz berichtet

Wegen Manöver amerikanischer Pioniere muß der normale Flußverkehr des Rheins am 20. März auf Befehl des amerikanischen Hauptquartiers in Heidelberg völlig gesperrt werden.

Der Josefstag wird nach Mitteilung der Bad. Staatskanzlei kein staatlicher, sondern nur ein kirchlicher Feiertag sein. Es ist jedoch schulfrei.

Die Aluminium-Werke Rheinfelden haben Anfang März die Eigenproduktion von Aluminium nach mehrjährigem Stillstand wieder aufgenommen.

Eine ehemalige Bedürfnisanstalt wurde in Passau einem Kriegsblinden als Wohnung zugewiesen.

10 000 Stuttgarter Frauen haben sich bereits in die Unterschriftenlisten gegen die Atombombe und den Krieg eingetragen.

Die Zement-, Kalk-, Mauerstein- und Dachziegelproduktion in Niedersachsen ist im Februar weiter zurückgegangen.

Auf 100 Frauen kommen in Bayern 71 Männer. Nur 39 Prozent der Bevölkerung sind gesund. 34 Prozent aller Todesfälle entfallen auf Kinder im Alter bis zu einem Jahr.

Zu Besprechungen über die deutsche Einheit trafen am Sonntag führende Persönlichkeiten Westdeutschlands, wie Pünder, Erhard usw. mit dem ehemaligen deutschen Botschafter in Moskau, Nadolny, zusammen.

Einen neuen Wagentyp mit Dreizylinder-Zweitaktmotor beginnen jetzt die volkseigenen Betriebe der Ostzone serienmäßig herzustellen.

Die Freigabe der gesamten Textil-Punktkarte zur Belieferung in vollem Umfange ist von der DWK für die Ostzone und den Ostsektor von Berlin angeordnet worden.

Das Friedenskomitee der französischen „Freunde des Friedens“ hat starken Widerhall gefunden, was sich in Kundgebungen und Resolutionen in allen Teilen des Landes äußert.

Die Beibehaltung der Prügelstrafe bei der britischen Flotte wurde im Unterhaus von dem parlamentarischen Sekretär der Admiralität bestätigt.

Von vier Detektiven ständig umgeben wurde der Dekan von Canterbury, Dr. Johnson, während seines New Yorker Aufenthaltes.

Ein Sprengstoffattentat auf das Pariser KP-Gebäude ist laut ADN am Freitag vereitelt worden. Ein in der Buchhandlung angebrachter Sprengkörper wurde rechtzeitig entdeckt und durch Fachleute beseitigt.

18 spanische Antifaschisten wurden durch Franco-Gerichte zum Tode verurteilt.

## 500000 streiken

Pittsburgh. Seit Montagmorgen streiken die Bergarbeiter des ganzen Gebietes östlich des Mississippi. Durch diesen für zwei Wochen ausgerufenen Streik befinden sich 364 000 Bergleute der Pechkohlen- und 75 000 Arbeiter der Anthrazitgruben im Ausstand.

Westlich des Mississippi sollen wegen der dort herrschenden Kälte und um Härten zu vermeiden die Kohlenförderung weitergehen.

Der Streik der Bergarbeiter ist eine Demonstration gegen die Ernennung von John Boyd zum Direktor des Nationalen Bergbauamtes, John Lewis, der Präsident des allgemeinen Bergarbeiterverbandes, bezeichnet diesen als vollkommen unfähig für dieses Amt. Gleichzeitig werden die Bergarbeiter die unnötige Opferung von 55 115 Bergleuten betrauern, die im Jahre 1948 infolge mangelnder Unfallsicherungen ihr Leben verloren haben oder verletzt wurden.

New York. Infolge eines Lohnkonfliktes bei der größten New Yorker Gütertransportunternehmung, der „Railway-Express-Agency“, ist der Betrieb dieses Unternehmens nahezu eingestellt. Ueber 10 000 Arbeiter befinden sich bereits im Ausstand.

## Französischer Standpunkt zum Südweststaat

Baden-Baden. Die „New York Herald Tribune“ veröffentlichte in ihrer Pariser Ausgabe vom 1. März einen Bericht, nach dem die französischen Behörden die Zurückziehung der amerikanischen Streitkräfte aus Nordbaden verlangt haben sollen, um dieses Gebiet selbst zu besetzen und zu verwalten. Später sollen sie sich mit der Verwaltung begnügt haben, während die Besetzung amerikanisch sein sollte. Die Amerikaner sollen vorgeschlagen haben, Baden nach Wiederherstellung der alten Grenzen von Franzosen und Amerikanern gemeinsam oder von einer französisch-amerikanischen Kommission, bei Beibehaltung des jetzigen Besatzungszustandes, zu verwalten.

Hierzu teilt die Pressestelle des französischen Außenministeriums mit, daß Frankreich sich nie der Herstellung der alten Grenzen widersetzt, sondern dies bereits im Januar 1946 gefordert habe. Durch die Abtrennung Südbadens und Württembergs-Hohenzollern von ihren Hauptstädten sei die Wiederherstellung lebensfähiger Länder gehemmt.

Die französische Regierung habe der amerikanischen zur Wiederherstellung der Länder Baden und Württemberg einen, bisher noch unbeantworteten Vorschlag unterbreitet, der den Austausch der Besatzungstruppen und der Verwaltung zwischen Südwürttemberg und Nordbaden vorsieht. Bezüglich Heidelberg wäre die französische Regierung bereit, eine Lösung für ein Verbleiben der amerikanischen Streitkräfte in Heidelberg zu überprüfen. Sie sei ebenso zu einer Vereinbarung bereit, die den Verkehr beider Be-

Die Automobilarbeitergewerkschaft in Detroit kündigt an, sie werde ihre Forderung zu Gunsten der Schaffung einer Pensionskasse und höherer Löhne nicht aufgeben.

### Im Lande der „Demokratie“

Washington. Der republikanische Senator Mundt und der republikanische Abgeordnete Nixon beabsichtigen, dem Kongreß noch in diesem Monat eine Gesetzesvorlage zur Einschränkung der Tätigkeit der amerikanischen Kommunistischen Partei zu unterbreiten. Die Vorlage sieht eine Registrierung aller Kommunisten beim Justizministerium vor, ferner ein Beschäftigungsverbot für Kommunisten in Regierungsstellen, die Verweigerung von Reisepässen für Mitglieder der Kommunistischen Partei, eine Verpflichtung für die Partei, alle Organisationen anzugeben, an deren Leitung oder Finanzierung sie beteiligt ist und eine Bestimmung, der zufolge sämtliche von der Kommunistischen Partei durch die Post versandten Drucksachen besonders zu kennzeichnen sind. Außerdem sollen sämtliche kommunistischen Radiosendungen und alles kommunistische Schrifttum als kommunistisch kenntlich gemacht werden.

## Die amerikanische Stellungnahme

Frankfurt. Auf der Pressekonferenz am Dienstag erklärte General Clay, es sei nicht möglich, auf den französischen Vorschlag der Verschiebung der Besatzungsgrenzen und der Umgruppierung der Besatzungstruppen einzugehen. Es sei undenkbar, daß z. B. Heidelberg, das Hauptquartier der amerikanischen Besatzung in Deutschland, mitten im französischen Gebiet liege. Clay wies jedoch die Behauptung zurück, die französischen Vorschläge seien nur eine Verzögerungstaktik im Hinblick auf deren Südwestpläne.

Der französische Botschafter François Poncelet nimmt in einer, einem Vertreter des Kronos-Pressesendienstes gegebenen Erklärung gegen eine Notiz im Berliner „Morgen“ Stellung. Er dementiert die Meldung dieser Zeitung, wonach zwischen ihm und General Koenig Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Südweststaates bestünden. Er habe stets betont, kein Anhänger eines Südweststaates zu sein und verweist darauf, daß bezüglich des Zusammenschlusses der Länder die Bevölkerung ihrer Ansicht in einer Volksabstimmung Ausdruck geben solle.

## Gegen de Gasperis Kriegspolitik

Italienische Bevölkerung fordert Abstimmung über Beitritt zum Atlantikpakt

Rom. In ganz Italien dauern die Friedensdemonstrationen und Proteststreiks gegen den Beitritt Italiens zum Atlantik-Pakt weiter an. Dabei kam es in Neapel zu blutigen Zusammenstößen mit der de Gasperi-Polizei. 14 Personen wurden verletzt.

Auf der Arbeitsbörse in Mailand wurden ein Zentralausschuß gegen den Krieg gegründet, der in einer Entschließung fordert, die Entscheidung über den Beitritt Italiens zum Atlantik-Pakt dem Willen des Volkes zu überlassen und aus diesem Grunde eine Volksabstimmung durchzuführen. Als Vertretung der Einwohner Mailands protestiert der Zentralausschuß gegen den Entschluß der Regierung, Italien in den Atlantik-Pakt einzubeziehen. Dieser Pakt sei ein Militärbündnis und daher ein Kriegspakt.

Die Delegierten der „Unita socialista“, eine Gruppe der sogenannten „Sozialdemokratischen Linken“, haben in einer einstimmig angenommenen Resolution ihre Abgeordneten aufgefordert, gegen den beabsichtigten Beitritt der Regierung de Gasperi zum geplanten Atlantik-Pakt zu stimmen.

### Friedensmanifest der italienischen Gewerkschaften

Rom. Der allgemeine italienische Gewerkschaftsbund protestiert in einem besondern Manifest das den Titel „Für den Frieden und gegen den Krieg“ trägt, gegen den Beitritt Italiens zum Atlantikpakt.

### „Gott und der Atlantikpakt“

Rom. Unter dieser Überschrift veröffentlichte der Leiter der italienischen Kommunisten, Togliatti, einen Artikel, in dem er den Papst beschuldigt, sich offen zu einer gegen die kom-

munistischen Länder gerichteten „Heiligen Allianz“ bekannt zu haben. „Dies bedeutet unmissverständlich“, schreibt Togliatti, „daß der Papst eine Heilige Allianz gegen diejenigen Völker wünscht, die das furchtbare Sakrilez begangen haben, sich von Kapitalismus und Imperialismus zu befreien. Und da die treibende Kraft in dieser Heiligen Allianz heutzutage der aggressivste aller Imperialismen der amerikanische ist, wird dieser Imperialismus nun mit Weihwasser besprengt.“

### Kirchen gegen Atlantik-Pakt

Washington. Der Bundesrat der protestantischen Kirchen der USA, der 35 Millionen amerikanischer Protestanten vertritt, wandte sich auf seiner letzten Sitzung gegen den Atlantikpakt. Derartige Pakte könnten eine Kriegsgefahr nicht beseitigen und würden die Entstehung einer Angststimmung vor einem nächsten Krieg, die den Kampf des Volkes gegen ihn abschwächt, erleichtern.

### Eine halbe Milliarde Dollar

für Vernichtungswaffen

Washington. Der Vorsitzende der Atomkommission des Kongresses teilte mit, daß die Vereinigten Staaten in den nächsten fünf Jahren etwa 500 Millionen Dollar für Versuche über die Verwendung der Atomkraft zum Antrieb von Kriegsschiffen und Unterseebooten ausgeben werden.

## Annexion deutschen Gebiets

Düren. Auf einer Grenzlandkundgebung protestierte die Bevölkerung gegen die angekündigte Abtrennung westdeutscher Grenzgebiete. Der Landtagsabgeordnete des betroffenen Kreises Schleiden-Monschau wies darauf hin, daß man immer wieder von Grenzregulierungen spräche, es sich aber in Wirklichkeit um eine Annexion deutschen Gebietes handele. Ministerpräsident Arnold drückte die Überzeugung aus, daß weder die Mehrheit des belgischen noch des holländischen Volkes für eine Annexion deutschen Gebietes seien. Man müsse sich daher fragen, weshalb eigentlich deutsches Gebiet gefordert werde.

## Kanonen

statt Butter

R. T. An dieses Wort Görings, der in Nürnberg von einem internationalen Tribunal unter dem Vorsitz Amerikas als Mitverantwortlicher eines Angriffskrieges zum Tode durch den Strang verurteilt wurde, wird man erinnert, wenn man die neue Phase des Marshallplanes charakterisieren will. Denn die gegenwärtig in London tagenden Vertreter der Westunion werden nach mehrfach bestätigten Nachrichten einen „militärischen Marshallplan“ vorschlagen, durch den im Rahmen des Atlantikpaktes Waffen statt Lebensmittel und Rohstoffe an die westeuropäischen Länder, vorerst jährlich für zwei Milliarden Dollar, geliefert werden sollen.

Man unterhält sich in London bereits darüber, nach welchen Gesichtspunkten die Verteilung dieser Kanonen, Panzer, Maschinenpistolen, Flugzeuge, Flammenwerfer, Bomben und Granaten vorgenommen werden soll. Den Hauptanteil wird nach den Ansichten der militärischen Sachverständigen das europäische Land erhalten, das für die Ziele des aggressiven Atlantikpaktes eine große Landarmee zu unterhalten bereit ist. Selbstverständlich müsse diesem Land, gemeint ist Frankreich, „ein entsprechender Anteil an der amerikanischen Hilfe zu den Unkosten für die Unterhaltung dieser Armeen zubilligt werden“.

Da nach dem bisher bekannt gewordenen Inhalt des Atlantikpaktes auch Westdeutschland und die Westsektoren Berlins in das Aufmarschgebiet dieses Generalangriffs der kapitalistischen Kriegstreiber gegen die Sowjetunion und den Sozialismus einbezogen werden sollen, kann man gespannt darauf sein, ob auch Westdeutschland aus diesen Waffenlieferungen bedacht wird. Vielleicht aber ist im Rahmen der Washington-Fontainebleau-Strategie, vorerst wenigstens, noch vorgesehen, daß das Ruhrgebiet als westeuropäische Waffenschmiede fungiert und die aus dem USA-Arsenal gelieferten Waffen in Ordnung hält und ergänzt, um die überseeischen Transportkosten zu sparen.

Die menschenfreundliche, lächelnde Maske ist den Strategen des Marshallplans von der Fratze gerutscht. Der fromme Augenaufschlag der Nächstenliebe zu den Geplagten, nach dem Frieden verlangenden Völkern Europas ist nicht mehr notwendig. Nur Blinde sehen die eiserne Stirn der zum Krieg entschlossenen Monopolkapitalisten noch nicht, die kalten, berechnenden Augen der Rüstungsgewaltigen, die mitteillos über das Meer von Blut und Tränen, von Menschenleid und Vernichtung auf die Goldberge des Profits starren, den ihnen dieser organisierte Mord eines neuen Weltkrieges bringen soll. Nur Blinde sehen noch nicht das brutal vorgeschobene Kinn der machthungrigen Imperialisten der Wallstreet, die nach der Weltherbschaft über die Völker gieren und darum die Freiheit der arbeitenden Massen und die sich ankündigende sozialistische Ordnung der Welt zerstampfen möchten. Das Kainsmal der Atombombe von Hiroshima aber brennt unauslöschlich auf ihrer Stirn.

Als die Kommunisten diesen letzten, den eigentlichen Zweck des Marshallplanes entlarvten, den die CDU, die DP und die SP-Führer vom Schlage eines Schumacher als große humanitäre Tat priesen, hat man sie mit Spott und Hohn überschüttet. Heute ist es vor aller Augen klar, daß die internationalen Monopolkapitalisten zu einem letzten verzweifelten Schlag gegen die Arbeiterklasse, gegen alle fortschrittlichen Kräfte, gegen den Frieden ausholen wollen.

Es soll ihnen nicht gelingen. Die Front der zum Frieden Entschlossenen wird überall aufgerichtet und verstärkt werden. Die Arbeiter in den Betrieben, die Frauen und Mütter, die Ausgebombten und Flüchtlinge, die jungen Menschen, die durch den zweiten Weltkrieg des Hitlerfaschismus um ihr Leben betrogen wurden, alle Feinde eines neuen Krieges, müssen die Friedensfront so unerschütterlich machen, daß alle Absichten der Kriegstreiber an ihr zerschellen. Millionen Frauen haben sich überall in der Welt, auch bei uns im Westen Deutschlands, in die Listen gegen den Krieg und die Atombombe eingetragen. Sie wollen nicht, daß noch einmal Mord und Verwüstung über die Welt komme und ihre Söhne und Männer sterben müssen. Darum kämpfen sie gemeinsam mit den Kommunisten für die Aufrichtung des Weltfriedens, darum müssen sie, trotz aller gemeinen Hetze begreifen, daß die Sowjetunion, diese starke sozialistische Macht, und die Oststaaten, die auf dem Wege zu einer sozialistischen und darum friedlichen Ordnung sind, zusammen mit den ausgebeuteten Massen Europas und der Welt nur ein Ziel haben, die Vorbereitungen der imperialistischen Kriegshetze zu einem neuen Massenmord zu zerschlagen und den Frieden zu sichern.

### Ablenkungsmanöver

Berlin. Alle Meldungen der westlichen Presse, wonach in der Ostzone „Hilfskomitees für das demokratische Griechenland“ gebildet worden seien, die bereits fünf Millionen Mark für den Ankauf von in der Ostzone hergestellten Waffen gesammelt hätten und daß „geeignete Instrukteure, darunter Angehörige der Internationalen Brigade, Mitglieder des Komitees Freies Deutschland und Offiziere der Volkspartei in ausreichendem Maße“ für die griechische demokratische Armee zur Verfügung gestellt werden sollten, bezeichnet das Politbüro der SED als übliche niederträchtige Verleumdung. Man versuche mit diesen Meldungen von der schmutzigen Interventionspolitik der Amerikaner und Engländer in Griechenland abzulenken und für die Waffenlieferungen dieser Länder ein Alibi zu erbringen. Das Politbüro erklärt, daß weder „Waffen“ noch „geeignete Instrukteure“ dem demokratischen Griechenland zur Verfügung gestellt werden.

### SED dankt der Sowjetunion

Berlin. Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands richtete an Ministerpräsidenten Stalin ein Schreiben, in dem er seinen Dank für die tatkräftige Hilfe, die die Sowjetunion der Ostzone beim Wiederaufbau ihrer Wirtschaft zuteil werden ließ, zum Ausdruck bringt. Insbesondere die Lieferung von 1000 Traktoren und von vier Walzstraßen habe es ermöglicht, den Wirtschaftsplan aus eigener Kraft zu erfüllen. Die SED verpflichtet sich, dafür noch größere Anstrengungen zu machen, um die demokratische Ordnung in der Ostzone zu festigen und die Freundschaft mit der Sowjetunion zu einer Sache aller friedliebenden Menschen in ganz Deutschland zu machen.

### Großer Exporterfolg

Leipzig (UT). „Die Tage vom 6.—13. März haben es wieder bewiesen: die Leipziger Messe ist nach wie vor eine Messe der gesamtdeutschen Wirtschaft und international dazu“ erklärte der Direktor des Leipziger Messeamtes einem Sonderberichterstatter des „Nachtexpress“. „Aus 37 europäischen und überseeischen Ländern waren ausländische Einkäufer erschienen. Unter 2300 Auslandsbesuchern stellten die Einkäufer Oesterreichs, Hollands, Schwedens, Belgiens, der Schweiz und Italiens ein besonders starkes Kontingent. Exportaufträge im Werte von 21 Millionen Dollar sind nach der vorläufigen Zusammenstellung der Hauptverwaltung für Interzonen- und Außenhandel der DWK abgeschlossen worden.“

### Sonderwährung für Westberlin —

#### Politischer Wahnsinn

Berlin. Der amerikanische Kommandant, General Howley, erklärte, daß in absehbarer Zeit die Westmark als alleiniges Zahlungsmittel in West-Berlin eingeführt werde. Das Blatt der Liberaldemokratischen Partei „Der Morgen“ schreibt dazu, daß von der Lohnsumme der westberliner Arbeiter im Februar z. B. nur elf Prozent in Westmark ausgezahlt worden seien. Westberlin, das nur von den Zwangsanleihen aus Westdeutschland lebe, sei nicht in der Lage, die volle Summe in Westmark zu zahlen. Das Organ der CDU, „Neue Zeit“, erklärt dazu: „Nur auf dem Rücken der Berliner“ werde der „politische Wahnsinn“ der Währungsstellung in Westberlin ausgetragen.

Der Leiter des Berliner Stadtkontors erklärte zu der bevorstehenden Währungsstellung, diese Maßnahme sei nur der letzte Schritt der bankrotten Politiker des Westmagistrates, der ohne Rücksicht auf den nahen Zusammenbruch der Westberliner Wirtschaft durchgeführt werde, um noch größere Geschäfte zu machen. Für die Bevölkerung werde diese Katastrophopolitik unabsehbare Folgen haben. Aber auch dieser Geldumtausch werde den Lebensstandard der werktätigen Bewohner der Westsektoren nur weiter senken und die Arbeitslosigkeit steigern.

### Postabkommen Frankreich—Saar

Saarbrücken. Das Saarland ist völlig in den Bereich des interfranzösischen Postwesens eingegliedert worden, wie aus den Einzelheiten des am 5. März unterzeichneten französisch-saarländischen Postabkommens hervorgeht. Die französische Postverwaltung vertritt die saarländische Postverwaltung bei dem internationalen Büro des Weltpostvereins und dem Weltnachrichtenbüro und übernimmt die Abrechnungskosten des Saarlandes im Auslandspostverkehr in ihre Abrechnungen.

## Der Dank der „Demokratie“

Wie ehemalige KZ'ler heute in Westdeutschland leben

München. Monat für Monat treffen sich in München, seit sie die Freiheit wiedergefunden haben, ehemalige KZler aus Buchenwald. Kürzlich überprüften sie ihre heutige Situation. Innerhalb von zehn Tagen, so wurde beschlossen, sollte jeder niederschreiben, wie er heute lebt. Das Ergebnis ist für die westliche „Demokratie“ zutiefst beschämend:

Der älteste KZler ist 74 Jahre alt, der jüngste 27. Mindesthaftzeit 18 Monate, Höchsthaftzeit zwölf Jahre. Insgesamt saßen die 39 Personen 273 Jahre Haft ab, oder durchschnittlich sieben Jahre pro Mann. 33 der 39 verdienten unter 300 DM pro Monat und haben ein monatliches Durchschnittseinkommen von 161,30 DM. Sechs verdienen über 300 DM pro Monat, zwei davon haben leitende Positionen. Neun der 39 sind Unterstützungsempfänger, Mindestrente oder Fürsorgeunterstützung pro Monat 43,55 DM. Höchstunterstützung oder Höchstrente 180 DM. Zwölf der 39 sind arbeitslos.

Und nun kurz die Lebensverhältnisse eines dieser ehemaligen Häftlinge K. G., 51 Jahre alt, acht Jahre KZ-Haft, verheiratet, 70 Prozent erwerbsbeschränkt, Vater von drei Kindern im Alter von 16 Jahren, 3 Jahren und 15 Monaten. Erwerblos. Monatliche Unterstützung 180 D-Mark; Miete pro Monat 61,20 DM, verbleiben zum Leben 120 DM. Zum Einkauf der Lebensmittel auf Karten für fünf Personen wären 125 DM nötig. Licht, Heizung, Gas, Kleidung, Wäsche, Reparaturen bleiben ohne Deckung. Rauchen? Abgewöhnt, wie im Lager. — Kino, Theater? Nur noch Erinnerungen. — Existenzgründung? Vor der Währungsreform keine Lizenz, jetzt kein Kredit ohne Deckung. — Wiedergutmachung? Von der Militärregierung noch nicht genehmigt. — So denkt die westliche „Demokratie“ den entschiedensten Kämpfern gegen den Faschismus.

## Völlige Ausbeutung durch das USA-Kapital

Frankfurt. Das Memorandum der Militärgouverneure zum Entwurf des Bonner Grundgesetzes bedeute eine Gefahr für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und den sozialen Frieden, erklärte der bizonische Gewerkschaftsrat in einer Stellungnahme.

Damit wird unterstrichen, worauf die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland schon lange hingewiesen haben: die führenden Kreise der westlichen Besatzungsmächte wollen nicht nur einen Plan zur endgültigen Spaltung Deutschlands durchführen, sondern darüber hinaus noch das verbleibende westliche Rumpfdeutschland in viele Einzelstaaten zerstückeln.

Die Verwirklichung der Grundsätze, die in dem Memorandum festgehalten worden sind, bedeutet die Beseitigung auch der letzten Verbindungen innerhalb der deutschen Wirtschaft und damit deren völlige Unterstellung unter die Kontrolle der ausländischen Monopole. Sie bedeutet eine Verhinderung jeder einheitlichen Wirtschaftsgesetzgebung und ein Zurückwerfen Deutschlands auf den politischen Zustand von 1834.

Die Gewerkschaften weisen in ihrer Stellungnahme darauf hin, daß die westlichen Besatzungsmächte und besonders General Clay seinerzeit die in verschiedenen Ländern beschlossenen Gesetze zur Sozialisierung

der Großbetriebe und zur Verankerung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte mit dem Hinweis verboten haben, daß derartige Gesetze nur im „gesamtdeutschen Rahmen“ von einer deutschen Bundesregierung beschlossen werden könnten, um eine einheitliche Regelung in Gesamtdeutschland zu erzielen. Nun gibt das Memorandum wieder den Ländern den Vorrang bei der Gesetzgebung, d. h. die Länder beschließen die entscheidenden Gesetze, nicht die Bundesregierung. Diese Haltung der Militärregierung steht im schroffen Gegensatz zu ihrer früherer Einstellung.

Geht es darum, Gesetze, die den westdeutschen Arbeitern wichtige Rechte zugestehen, zu verbieten, dann tritt man ein für eine „gesamtdeutsche Regelung“. Geht es aber darum, die westdeutsche Wirtschaft der völligen Ausbeutung durch das amerikanische Monopolkapital auszuliefern, dann zerspalte man die westdeutsche Kolonie Amerikas in viele vereinzelte, selbständige und ohnmächtige Kleinstaaten.

## Hungergehälter im Bankgewerbe

Freiburg. Die Landesvereinigung der Gewerkschaften der Angestellten bemüht sich seit mehr als sieben Monaten zu einer Neuregelung der Tarifgehälter im Bankgewerbe zu kommen. Die gewiß bescheidene Forderung der Gewerkschaft auf prozentuale Erhöhung der Gehälter (10—20 Prozent) wurde von den Arbeitgebern rundweg abgelehnt.

Die zu gleicher Zeit in der Bizone stattgefundenen Verhandlungen scheiterten ebenfalls. Es stellte sich heraus, daß die Banken, sowohl in der Bizone, als auch bei uns vollkommen einheitlich handelten: Ablehnung der Forderungen der Gewerkschaften, dafür Angebot einer sogenannten Ueberbrückungsbefehle, die vollkommen ungenügend ist.

Da die Banken keinen Willen zur Verständigung zeigten, hat die Gewerkschaft auf Grund des § 4 des Landesgesetzes über die Aufhebung des Lohnstopps vom 23. Nov. 48 beim Bad. Ministeriums der Wirtschaft und

Arbeit — Direktion Arbeit — die Neufestsetzung von Mindestgehältern mit verbindlicher Wirkung beantragt. Nachdem die Banken sehen, daß auf diesem Wege eine Gehaltsneuregelung erfolgen kann, versuchen sie durch die Zusage der Bildung eines Unternehmerverbandes, die sofortige Gehaltsneuregelung zu hintertreiben. Sie verbinden damit die Hoffnung, daß durch die beabsichtigte Neubildung ihres Verbandes Zeit und damit alles gewonnen ist. Ihnen ist es gleich, ob z. B. ein Kassabote, der nach 15 Berufsjahren ein „fürstliches“ Gehalt von DM 163,20 bezieht, damit auskommt oder nicht. Der bestqualifizierte Angestellte hat in der gleichen Zeit sein Höchstgehalt im Betrage von DM 295,68 erreicht.

Die Bankangestellten erwarten von der Direktion Arbeit nunmehr umgehend eine Aufbesserung ihrer seit mehr als 15 Jahren bestehenden Tarifgehälter.

## Ostzonen-Landwirtschaft bei der Erfüllung des Wirtschaftsplanes

Berlin. Die Einrichtung von 500 bis 550 Maschineneinheiten enthält nach Mitteilung des stellvertretenden Vorsitzenden der DWK, Luitpold Steidle, ein Beschluß der DWK über die Aktivierung der Landwirtschaft. Jede der MAS wird 20—25 Traktoren besitzen sowie einen eigenen Maschinenpark, eigene Werkstätten und ein Klubhaus, das zum kulturellen Zentrum auf dem Dorf werden soll. Von den 1000 Traktoren, die die Sowjetunion zur Verfügung stellte, wird das Land Brandenburg etwa 400, Mecklenburg 300, Sachsen-Anhalt 200 und Sachsen und Thüringen je 50 erhalten. Weiter ist die Bildung einer Abteilung Land und Technik bei der Hauptverwaltung für Landwirtschaft und Forsten der DWK vorgesehen, die das Bindeglied zwischen der MAS und der DWK darstellen soll. Ihre Aufgaben bestehen in der Bedarfsplanung der MAS an Ersatzteilen und Maschinen, in der Produktionsplanung für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, sowie in der Ausarbeitung von Unterlagen für eine weitere notwendige Typisierung

und Normung der landwirtschaftlichen Geräte.

Potsdam. Die ersten 100 Traktoren, die auf Grund der Beschlüsse über die Technisierung der Landwirtschaft in eigener Produktion erzeugt werden sollen, werden bis Juni das Werk Brandenburg an der Havel verlassen.

Die Kalkherzeugung des Landes Brandenburg wird in diesem Jahre auf 50—60 000 Tonnen ansteigen. Im Vorjahr betrug sie nur 9000 Tonnen.

### Kongreß der ländlichen Genossenschaften der Ostzone

Berlin. Am Mittwochvormittag wurde in Berlin der Kongreß der ländlichen Genossenschaften der Ostzone eröffnet. Er wird zur einheitlichen Koordinierung der Arbeit der ländlichen Genossenschaften einen Zentralrat einsetzen. Bereits am Dienstagabend waren Delegationen der ländlichen Genossenschaften Ungarns, Bulgariens und Rumaniens zum Kongreß eingetroffen. Eine polnische Delegation wurde bis Mittwochmorgen erwartet.

## Indonesien kämpft für seine Freiheit

Batavia. Das Oberkommando der niederländischen Kolonialtruppen bestätigt, daß sich der Widerstand der indonesischen Freiheitskämpfer in den letzten Tagen verstärkt hat.

Nach dem Bericht des Oberkommandos erstrecken sich die Kämpfe nunmehr über den größten Teil von Java. Im Verlauf der letzten Nacht griffen stark bewaffnete Einheiten Soekaloemi, 55 Meilen südlich von Batavia, an. Der republikanische Freiheitskämpfer meldet, daß auf die ostjavanische Stadt Blitar Luftangriffe durchgeführt wurden, in deren Verlauf niederländische Truppen schwere Verluste erlitten. Der Oberbefehlshaber der republikanischen Streitkräfte erklärte nach Berichten aus Batavia, daß die Streitkräfte der indonesischen Republik völlig in-

takt seien, und die Kämpfe gegen die niederländischen Invasoren auf Java und Sumatra in verstärktem Maße fortgesetzt würden.

### Nordchinesische Gewerkschaften schließen sich zusammen

Tientsin. Die erste Konferenz der nordchinesischen Gewerkschaften ist auf den 1. Mai nach Tientsin einberufen worden. Auf dieser Konferenz soll ein Gewerkschaftsbund aller nordchinesischen Gewerkschaften gebildet werden.

### Jugoslawischer Kompromißvorschlag

London. Bei den Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag erklärte der sowjetische Delegierte am Dienstag, er werde die Bestrebungen, auf der Grundlage des Kompromißvorschlages des stellvertretenden jugoslawischen Außenministers die Beratungen fortzusetzen, aktiv unterstützen. Trotz der Zustimmung Frankreichs und der USA wurde die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

### Sie fischen im Trüben

Düsseldorf. Das britische Militärgericht in Düsseldorf verurteilte den früheren SS-Mann Gerhard Wasner wegen Verteilung nazistischer Flugblätter in Köln, in denen unter anderem von einer baldigen Rückkehr Hitlers die Rede war, zu 6 Monaten Gefängnis. Mit ihm stand eine aus Lyon, Frankreich, gebürtige Philologin britischer Staatsangehörigkeit vor Gericht, in deren Auftrag Wasner die Flugblätter verteilt hat. Sie soll nach Aussagen Wasners schon seit 6 Monaten für eine internationale Organisation in Deutschland arbeiten, die sich angeblich die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa unter Führung Deutschlands“ zum Ziel gesetzt hat.

### Wer sammelt wen?

Wir leben im Zeitalter der Sammlungen, denn die Not ist groß. Gesammelt wird für alle möglichen, gute und schlechte Zwecke. Nicht nur Geld. In Villingen haben sich einige Leute „gesammelt“, aus dem alten NSDAP-Programm und dem Programm der Sammlungsbewegung de Gaulle zehn Thesen „zusammengesammelt“ und daraus eine „Sammlung zur Tat“ aufgebaut, die als fünfte Partei in Südbaden lizenziert wurde.

Ein Herr Steinfeld aus Villingen ist ihr Führer. Man kann ihm nicht abstreiten, daß er schon einige politische Erfahrung hinter sich hat. Vor einiger Zeit machte er sich aus eigener Machtvollkommenheit zum Kreisvorsitzenden der SPD, obwohl ihn kein Sozialdemokrat kannte. Dann wandelte er sich zum „Freund der sozialistischen Einheit“, es gelang ihm aber nicht, in die Arbeiterbewegung einzudringen.

Als geistiges Oberhaupt figuriert ein Herr Dr. Holz, der sich etwas im Hintergrund hält und als Herkunftsort ziemlich verschwommen „Mecklenburg“ angibt.

Das erste Sammelergebnis war ziemlich mager. 50 Anwesende. Holz spekuliert darauf, daß die Dummheit des Deutschen Michels seit dem tausendjährigen Reich nicht kleiner geworden ist. Er prophezeit, daß eine „gerechte Verteilung der Gewinne die Zukunft aller sichert“ und daß „die Welt genug hat, daß es für alle besser werden kann“. Aber wer verteilt denn in der „freien Unternehmer-Wirtschaft“ des Herrn Holz? Zwar sollen auch — frei nach Holz — die Schaffenden mitbestimmen, „um eine von Ausbeutung und Arbeitslosigkeit freie Wirtschaft“ zu errichten. Solange die kapitalistische Wirtschaft existiert, wird es Ausbeutung und Arbeitslosigkeit geben. Das kann zwar der Kopf von Holz nicht begreifen, aber die Arbeiter wissen es. Und deshalb haben sie sich ihre Kampforganisationen geschaffen, um ihre Rechte zu erkämpfen. Sie werden sich deshalb auch nicht für ein Programm von Phrasen „sammeln“ lassen, das den kapitalistischen Pferdefuß genau so deutlich zeigt, wie die Phrasen Hitlers und de Gaulles.

### Die Wahrheit und „DAS NEUE BADEN“

Laar. In einer öffentlichen Versammlung am 11. März erteilte unser Genosse Büche auf die Anschuldigungen des Artikelschreibers im „Neuen Baden“ in der Frage der Ostflüchtlinge die Antwort. Störungsversuche „demokratischer“ Kreise blieben ohne Erfolg. In seinem Referat geißelte Genosse Büche die verlogenen und hinterhältigen Machenschaften des genannten Blattes und widerlegte die Zwischenrufe der Herren „Demokraten“ sofort. Daß er den meisten Versammelten aus dem Herzen sprach, ließen die vielen Beifallskundgebungen erkennen. Nach der Eröffnung der freien Aussprache hüllten sich die vorher so eifrigen Zwischenrufer in eisiges Schweigen. Nur der Schreiber im Neuen Baden, Herr Herzog aus Bühl, sah sich genötigt, das Wort zu ergreifen. Ueber ein armseliges Gestammel kam er aber nicht hinaus und man sah ihm deutlich an, wie er aufatmete als seine Diskussionsrede beendet war. Trotzdem ihm der Gen. Büche durch die Verlesung des Landtags-Protokolls die Unwahrheiten seines Artikels nachgewiesen hatte, fand es Herr Herzog nicht für notwendig, sich zu entschuldigen. Er wird in dem Gedanken Zufriedenheit finden, daß sein Schmutz doch irgendwo hängengeblieben ist.

Im Schlußwort riß der Redner den Verleumdern vollends die Maske herunter. Die überfüllte Versammlung war ein voller Erfolg der Wahrheit und damit der Kommunistischen Partei.

### Aus dem Parteileben

Kreis Kehl. Am Sonntag, den 19. März, 17 Uhr, findet in Freistett bei Gen. Geisert, Freiburger Straße, eine Parteiarbeiterkonferenz für den unteren Kreis statt.

Für den oberen Kreis ist die Parteiarbeiterkonferenz auf Sonntag, den 20. März, 9.30 Uhr, in Appenweier, Gasthaus zur Krone, festgelegt.

Erscheinen aller Funktionäre der Ortsgruppen ist unbedingt notwendig.

Grenzach. Am Donnerstag, den 17. März, 20 Uhr, findet im Gasthaus „Drei König“ eine wichtige Mitgliederversammlung der Ortsgruppe statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum Organisationsaufbau der Partei, Neuwahl des Gesamtvorstandes. Ein Vertreter des Kreissekretariates sowie der Landesleitung wird anwesend sein. Wir erwarten vollzähliges Erscheinen der Mitglieder.

Rielasingen. Am Freitag, den 18. März, 19.30 Uhr, findet im Gasthaus „Rosenegg“ die monatliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht über die Delegiertenkonferenz der KPD in Solingen. In Anbetracht der Wichtigkeit ist das Erscheinen jedes Genossen erwünscht. Es können Gäste eingeladen werden.

Weil. Am Samstag den 19. März, 20 Uhr, findet im Gasthaus zur Leopoldshöhe eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum Organisationsaufbau der Partei. Ein Vertreter der Landesleitung wird anwesend sein. Restloses Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

UNSER TAG / VOLKSZEITUNG FÜR BADEN  
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1  
Tel. 1274. Telegramm-Adresse: Neulag Offenburg  
Verantwortlich: H. Jerrtrup

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur bei Beifügung von Rückporto.  
Verlag: Südwest-Verlag e. G. m. b. H., (17b) Offenburg  
Hauptstraße 115, Postfach 361, Fernruf 2257  
Erscheint dienstags, donnerstags und samstags  
Bezugspreis monatlich 2.— DM, Postabon. 2.20 DM.

# Warum keine Betriebsrätewahlen?

Bis zum heutigen Tag ist die Wahlordnung zur Durchführung der Betriebsrätewahlen von der Badischen Regierung noch nicht verabschiedet. Vom Tag der Annahme des Gesetzes im Landtag bis heute sind über 140 Arbeitstage vergangen. Es ist für den Gewerkschafter unverständlich, daß die Badische Regierung eine solche wichtige Angelegenheit, die 300 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte und ihre Familien angeht, nicht rechtzeitig behandelt. In der Konsequenz liegt diese Verzögerung in der Linie der Unternehmerpolitik. Bekanntlich nutzte der Unternehmerverband die Situation sofort aus und erklärte das Betriebsrätegesetz als nicht in Kraft befindlich, solange keine Neuwahlen stattgefunden haben. Dies ist gewiß kein guter Start für den Beginn der Anwendung des neuen Gesetzes. Scheinbar glaubt man, durch die Hinauszögerung der Wahlordnung das Badische Betriebsrätegesetz loszuwerden, indem man auf die Bildung des westdeutschen Staates wartet.

Im Jahre 1946 standen die Gewerkschaften vor der selben Situation. Damals galt es, das Kontrollratsgesetz Nr. 22 in Anwendung zu bringen. In zahlreichen Betrieben legten die Betriebsräte den Fabrikdirektoren sogenannte betriebliche Vereinbarungen vor, um den Artikel 5 des Kontrollratsgesetzes (Die Aufgaben der Betriebsräte) in Anwendung zu bringen. In diesen vorgelegten Entwürfen war oftmals in Unkenntnis der Dinge noch nicht einmal ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht festgelegt worden. Trotzdem lehnten damals die Unternehmer in ihrer großen Mehrheit den Abschluß von betrieblichen Vereinbarungen über die Anwendung des im Kontrollratsgesetz festgelegten Mitbestimmungsrechtes ab. Die Industrie- und Handelskammer Baden-Baden gab ihnen die Empfehlung dazu. Sie versandte damals an alle Arbeitgeber ein Rundschreiben, das wie folgt lautete:

„Die Kammer ist dahingehend informiert worden, daß in letzter Zeit Bestrebungen seitens der Gewerkschaften und der Betriebsräte im Gange sind, die den Abschluß von Betriebsvereinbarungen zum Ziele haben.

Es wird in dieser Angelegenheit um sofortige Mitteilung gebeten, ob derartige Vereinbarungen bereits getroffen wurden, Vorschläge für eine solche Vereinbarung von der Arbeitnehmerseite gemacht wurden (wenn ja, bittet die Kammer in beiden Fällen um Ueberlassung einer Abschrift).

Die Kammer hält es für zweckmäßig, von Einzelabschlüssen solange Abstand zu nehmen, bis entweder die noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen zum Betriebsrätegesetz erlassen sind oder eine generelle Regelung dieser Frage durch die Landesregierung verfügt ist. Es dürfte überdies angebracht sein, diese Frage den Fachvereinigungen zu unterbreiten.

Durch diesen Druck der Unternehmer ließen sich viele Betriebsräte verleiten, auf die Festlegung ihrer aus dem Kontrollratsgesetz hergeleiteten Rechte zu verzichten, Sie verließen sich auf das parlamentarische Verhandeln, um ein neues Betriebsrätegesetz zustande zu bringen. Nach der Niederlage des Faschismus fragten die Arbeiter in ganz Deutschland nicht nach einer gesetzlichen Grundlage. Als der Londoner Rundfunk die Gründung der ersten deutschen Gewerkschaft in Aachen bekannt gab, betrachteten die Arbeiter diese Koalitionsfreiheit als die Grundlage, in allen Betrieben kommissarische Betriebsräte einzusetzen. Erst viele Monate später, am 10. April 1946, wurde das Betriebsrätegesetz des Kontrollrats erlassen, in dem auch den kommissarisch eingesetzten Betriebsräten dieselben Rechte zuerkannt wurden.

Die Verlegung des gewerkschaftlichen Kräfteinsatzes auf die parlamentarische Ebene des Verhandeln war neben den Einwirkungen der Besatzungsmacht mit ein Teil der Ursachen, daß

sich die alten Arbeitgeberverbände wieder so fest in den Sattel setzen konnten. Ein größerer Druck der Belegschaften hätte die Position der Arbeiterschaft stärker gefestigt. Die Unternehmer haben heute ihre alten Stellungen fast restlos wieder bezogen. Das von den Gewerkschaften in zäher Arbeit und in langen schwierigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern und dem Ministerium in Verbindung mit dem Einsatz gewerkschaftlicher Mittel erreichte Betriebsrätegesetz kann nicht unser Endziel sein, sondern ist die erste Etappe unseres zurückgelegten Weges seit 1945.

Inwieweit das erreichte Mitbestimmungsrecht eine Befriedigung der zur Zeit starken sozialen Spannungen herbeiführt, hängt in erster Linie davon ab, ob die Unternehmer auf die Forderungen der Arbeiterschaft eingehen oder nicht. Die auftretenden Schwierigkeiten bei Lohnverhandlungen sind nicht dazu angetan, äußerst optimistisch zu sein. Der erwartete soziale Ausgleich ist bis heute noch nicht vollzogen, im Gegenteil,

große Kreise der Schaffenden vom einfachen Fabrikarbeiter bis zum Angestellten und kleinen

## Verstärkte Ausplünderung

Wir verraten keine Geheimnisse, wenn wir — nicht zum ersten Mal — feststellen, die westlichen Besatzungszonen Deutschlands werden im Rahmen der Besetzung unter dem Deckmantel der „Marschall-Hilfe“ bis aufs Hemd ausgeplündert. Unsere wirtschaftliche Kraft soll gebrochen werden, um einen gefährlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu beseitigen. In unserem Artikel „Zwei grundsätzlich verschiedene Welten“ (UT v. 10. 3.) haben wir diese Feststellung ausführlich mit sprechenden Zahlen und Gegenüberstellungen untermauert. Sie wird bestätigt durch die in zynischer Offenheit geäußerte Stellungnahme eines britischen Beamten in Düsseldorf, der erklärte: „Es ist wahr, daß das Schlagwort — exportieren oder sterben — sowohl für England als auch für Deutschland gilt. Unser Standpunkt geht aber dahin, daß, wenn jemand in dem kommenden Kampf um den Weltmarkt sterben muß, es die Deutschen sein werden.“

Ein neues Beispiel beweist, daß diese Aeußerung keine private Meinung, sondern die Richtlinie der britischen Besatzungspolitik ist. Mit wohlklingenden Worten wurde jetzt der Abschluß eines „zweiseitigen“ Handelsabkommens England — Westdeutschland verkündet. Es gestatte, so hört man lobend aus London, eine Verdoppelung des Warenaustausches gegenüber dem Vorjahr. Also ein Lichtblick, eine Steigerung des westdeutschen Exports? — Es gibt wohl kaum noch Menschen in Deutschland, die anglo-amerikanischen Maßnahmen soviel Vertrauen entgegenbringen. Und auch dieses uns diktierte „Abkommen“ wird die Arbeitslosenzeit bei uns nur weiter in die Höhe treiben.

Der Nordwestdeutsche Rundfunk konnte trotz seiner intensiven Bemühungen, die englischen Interessen in Deutschland zu verteidigen, eine Kritik nicht unterdrücken, die treffend die heimlichen Befürchtungen der westdeutschen Wirtschaftskreise widerspiegelt. Nachdem der Kommentator darauf hinweist, daß England sich bei dem Geschäft einen Ueberschuß in der Bilanz um 100 Mill. D-Mark sichert, stellt er fest: „Westdeutschland wird im Rahmen des Handelsabkommens vorwiegend Bauholz und Stahlschrott liefern, d. h. Rohstoffe. Was danach noch für den Export hochwertiger deutscher Industriegüter übrig bleibt, dürfte nicht mehr erheblich sein. England seinerseits wird seine Lieferun-

Beamten können infolge ihrer niederen Gehälternicht die in den Geschäften angebotenen Waren kaufen. Demgegenüber hat eine dünne bevorzugte Schicht infolge ihrer wirtschaftlichen Positionen in Industrie und Großhandel jede Möglichkeit, sich materiell weit über die breiten Massen zu erheben. Die wirtschaftliche Entwicklung seit der Währungsreform zeigt dies mit aller Deutlichkeit.

Aber nicht nur die Verschleppung der Wahlordnung steht heute auf der Tagesordnung, sondern auch der schon seit Jahren geforderte Ausbau der Sozialgesetzgebung wird systematisch auf die lange Bank geschoben. Die badische Arbeiterschaft wartet vergebens auf das Arbeitsgerichtsgesetz, das Urlaubsgesetz und das Landesgesetz für das Schlichtungswesen bei Arbeitsstreitigkeiten. Für diese Verschleppung gibt es keine stichhaltigen Gründe mehr. Der Sport-Toto wurde in wenigen Tagen verabschiedet und das Feiertagsgesetz bevorzugt behandelt. Der einzige und wahre Grund für die Verschleppung ist die arbeiterfeindliche Politik der Regierung. Sie paktiert mit dem Unternehmertum und versucht mit schönen Worten und Phrasen über den Sozialstaat den wahren Charakter ihrer Politik zu verschleiern.

gen vor allem mit Ueberschußprodukten aus seinem Weltreich bestreiten. Gunni, Rohöl, Kupfer und Blei, die wir also nicht aus erster Quelle aus Uebersee erhalten, sondern durch die Ueberseehandelshäuser in London.“

Dieser Kommentar stellt das Eingeständnis der Tatsache dar, daß die Politik der Ausplünderung Westdeutschlands und der Senkung des Lebensstandards seiner Bevölkerung verschärft fortgesetzt wird. Bezeichnender Weise wird auch dieses Handelsabkommen als „Provisorium“ bezeichnet, wie wir es bereits im Zusammenhang mit dem westdeutschen Separatstaat, der Bonner Spalterverfassung und dem berühmten Ruhrstatut kennen gelernt haben. Dieses Ablenkungsmanöver kann aber nicht verhindern, daß der Widerstand des deutschen Volkes gegen diese Verelendungspolitik täglich wächst. Denn täglich überzeugender wird das Beispiel des Aufbaues in der sowjetischen Besatzungszone. Dort werden — unterstützt von der Besatzungsmacht — Handelsverträge abgeschlossen, die Fertigwaren ausführen und Rohstoffe zur Veredelung in das Land bringen, Handelsverträge, die den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht werden.

## Ein erfolgreicher Appell

Der „Suchdienst für vermißte Deutsche“, Berlin W. 8, Kanonierstr. 35, hat in letzter Zeit sein besonderes Augenmerk auf die noch bei ihm lagernde Kriegsgefangenenpost gerichtet.

Alle Personen, die noch jemand vermissen und ihn in sowjetischer Kriegsgefangenschaft vermuten, wurden aufgefordert, ihre Anschrift durch Einsendung eines ordnungsgemäßen Suchantrages beim „Suchdienst für vermißte Deutsche“ anzugeben, damit ihnen evtl. vorliegende Kriegsgefangenenpost übermitteln und den Kriegsgefangenen die Sorge um ihre Familien genommen werden kann. Durch diese Sonderaktion gelang es, die am 1. 1. 1949 noch beim „Suchdienst“ lagernden 72 899 Kriegsgefangenenbriefe bis zum 1. 3. 1949 auf 59 277 zu reduzieren.

Machen Sie bitte alle Ihre Bekannten und Freunde darauf aufmerksam, sich beim „Suchdienst für vermißte Deutsche“ zu melden, da-

## Erster Kriegshetzer Pate des Weststaates

Nicht nur Hitlers Finanzzauberer Schacht ist ein Mann, auf dessen Kenntnisse die amerikanischen Politiker nicht verzichten zu können glauben. Auch Graf Schwerin von Krosigk, zwölf Jahre Finanzminister Hitlers, ist eine „Kapazität von Ruf“. Daß er im Wilhelmstraßen-Prozeß angeklagt ist, hinderte eine amerikanische Kommission nicht, sich bei ihm Rat über die Steuergesetzgebung und andere Abschnitte des Bonner Verfassungsentwurfes zu holen.

Von besonderem Interesse ist, daß Graf Schwerin von Krosigk im April 1945 als Außenminister dem berühmten kurzlebigen „Kabinett“ Dönitz angehörte, das damals noch hoffte, den alten Lieblingsplan des „Führers“, den „gemeinsamen“ Feldzug gegen den Bolschewismus verwirklichen zu können. Was Hess nicht gelungen war, das wollte Schwerin von Krosigk im Interesse der deutschen Imperialisten noch in letzter Minute verwirklichen. Kein anderer als dieser ehrenwerte Nachfolger Ribbentrops hat das Wort vom „Eisernen Vorhang“ geprägt. Soll er heute dafür belohnt werden? Die deutschen Antifaschisten in den Westzonen haben längst aufgehört, sich zu wundern. Und so überrascht es sie auch nicht mehr, daß ein als Kriegsverbrecher angeklagter Naziminister zum Sachverständigen in Angelegenheiten des westdeutschen Staates auserkoren wird. Schwerin von Krosigk als Geburtshelfer der „Bonner Verfassung“ — besser hätten die Schöpfer des westdeutschen Staates dessen Charakter nicht bloßstellen können.

## Spargungen in Kiel

Kiel. Die von den Engländern befohlene Sprengung auf dem Kieler Ostufer begann letzte Woche. Als erstes wurde ein etwa 150 Meter langes und 30 Meter hohes Krangerüst einer Helling der Germania zerstört.

## Noch 400 000 Flüchtlinge?

Tübingen. Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Württemberg-Hohenzollern beziffert in ihrem Jahresbericht die Zahl der zur Entlastung der anderen Zonen bis 1952 in die französische Zone umzusiedelnden Flüchtlinge auf 400 000.

## Geldfälscher unschädlich gemacht.

Basel. Seit einiger Zeit wurden an der schweizerisch-französischen Grenze falsche Dollar-Noten festgestellt. Im gleichen Zeitraum tauchten in der französischen Zone und im Saargebiet gefälschte Banknoten auf. Dem Grenzüberwachungsamt ist es gelungen, verschiedene Personen zu verhaften, in deren Gepäck 51 000 frischgedruckte falsche Dollarscheine und über 100 000 Westmark in gefälschten Banknoten vorgefunden wurden.

mit der Beendigung der Heimkehrertransporte aus der Sowjet-Union die Frage der Zusammenführung aller sich noch am Leben befindenden Personen abgeschlossen werden kann.

Wer einen Suchantrag beim „Suchdienst für vermißte Deutsche“ stellen will, muß eine Suchpostkarte anfordern. Die Verwaltungsgebühr für jeden Suchantrag beträgt DM 2.—. Dieser Betrag ist auf das Postcheckkonto Hamburg 222 44 des „Suchdienst für vermißte Deutsche“, Berlin W. 8, Kanonierstr. 35, einzuzahlen. Der Einzahlungsabschnitt muß unbedingt der Anforderung der Suchpostkarte beigefügt werden, da sonst eine Bearbeitung des Suchantrages nicht erfolgen kann.

Suchanträge an die Heimkehrerlager Pirna oder Frankfurt/Oder sind zwecklos, da sie dort nicht bearbeitet werden. Alle dort eingehende Post wird zuständigkeitshalber an den „Suchdienst für vermißte Deutsche“ weitergeleitet.

## Wie läsen im Rundfunk

### Südwestfunk

Freitag: 12.10 Mittagskonzert; 13.15 Musik nach Tisch; 14.15 Unterhaltungsmusik; 17.30 Klaviermusik, Brahms und Reger; 20.00 Goethes Italienische Reise; 20.45 Kammermusik, Schumann; 21.45 Bekannt und beliebt.

Samstag: 12.10 Mittagskonzert; 13.15 Musik nach Tisch; 14.45 Musik, Musik! 16.00 Unser Samstagnachmittag. 20.00 Hörerwünsche. 22.30 Tanzabend.

### Berlin und Deutschlandsender

Sendung für Westdeutschland täglich von 5—7 und 21.00—21.30 Uhr.  
Nachrichten: 5, 6, 7, 13, 16, 17, 19, 22, 24 Uhr. Nach den 19 und 22 Uhr Nachrichten „Kommentar des Tages.“

Freitag: 12.00 Zeitungsschau; 14.10 Beet-hoven; 17.45 Probleme unserer Zeit, 18.30 „Neues Deutschland“, Westausgabe. 21.30 Lieder und Tänze aus der UdSSR. 22.20 Student. Forum. 22.40 Kulturleben; 22.50 Das Meisterwerk.

Samstag: 12.00 Zeitungsschau. 14.00 Stimme des Kulturbundes; 17.30 „Mir ist aufgefallen“; 18.00 Hier spricht die SED. 18.30 „Neues Deutschland“, Westausgabe; 21.45 Außerpolitische Wochenübersicht; 22.20 Literarische Unterhaltung; 23.30 Tanzmusik des RBT.

„Ich höre zu, mein Freund“, meinte Primo Pádrele und blickte Ogastes mit kaltem Interesse an: von den porzellanweißen Wangen des letzteren schwand der rosige Schimmer so schnell und gründlich, als wäre er mit einem Wattebausch weggeschwemmt worden.

„Der Anblick Ihres Schmerzes tut mir sehr weh“, begann zögernd Ogastes Carb. „Und darum habe ich mich entschlossen, das Ihrem Herrn Bruder gegebene Versprechen zu brechen. Ich bitte Sie, Herr Primo, mich nicht zu verraten... Natürlich nur dann wenn Sie es für möglich halten...“

Fortsetzung folgt



### 24 Fortsetzung

Man kann nicht behaupten, dieser ihr Zustand wäre von Aurel nicht bemerkt worden. Begabt mit jenem besonderen Instinkt, den nichtkluge, aber schlaue Leute oft besitzen, fühlte er, daß alles einen anderen Verlauf nahm, als er vorausgesehen hatte. Das, was Berenike jetzt durchlebte, begriff er nicht und konnte er auch nicht begreifen, dazu reichte weder sein Verstand noch sein seelisches Einfühlungsvermögen aus. Wohl aber empfand er eine Unstimmigkeit.

Pádrele wurde verwirrt, nervös, holte aus seiner Brieftasche den Zettel mit Dr. Popffs Antwort hervor und gab ihn ohne ersichtlichen Grund Ogastes zum Lesen. Dann reichte er den Zettel aus den gleichen, ihm selbst unklaren Beweggründen Berenike hinüber. Diese las ihn aufmerksam durch und legte ihn dann schweigend auf den Tisch.

„Macht nichts, Ogastes, sobald der sein Geld braucht, geht der Hochmut zum Teufel... Der wird schon schreiben... Die Adresse kennt er ja... Was meinen Sie, Ogastes?“

Ogastes hatte sich bereits gefaßt. Er sagte: „Gewiß, Herr Aurel. Ich bin ganz Ihrer Meinung.“

Pádrele blickte Berenike an. Sie sah aus, als wohne sie einer langweiligen Theateraufführung bei.

„Obwohl... übrigens“, sagte Pádrele, „was soll man den Armen noch quälen? Erinnern Sie mich übermorgen daran, Ogastes, wir wollen ihm hunderttausend überweisen, ohne seinen Brief abzuwarten. Schließlich, was kann er dafür, daß er stolzer ist, als ihm seine Verhältnisse erlauben... Was meinen Sie, Ogastes?“

„Gewiß, Herr Aurel, ich bin mit Ihnen vollständig einverstanden.“

Damit war Aurel Pádreles erste Überraschung beendet. Er und seine Dame erhoben sich und gingen dem Ausgang zu. Ogastes folgte ihnen. In seiner Tasche ruhte der von seinem Chef vergessene Zettel des Dr. Popff.

### XIX. Kapitel

in dem von der zweiten Überraschung durch Aurel Pádrele und von der ersten durch seinen Bruder Primo erzählt wird

Ogastes Carb wurde in der ganzen Stadt gesucht. Der Chef der Firma hatte ihn zu sich befohlen. Innerhalb dieser sechs Wochen mußte dem Herrn Primo Pádrele der Sekretär seines Bruders ausgerechnet dann in den Sinn kommen, da er nicht zur Stelle war!

„Guten Tag, mein Freund!“ sagte Primo Pádrele sehr freundlich, als Ogastes, seinen ganzen Mut zusammennehmend, sich endlich in dessen Arbeitszimmer wagte.

Bei ruhiger Gemütsverfassung war Herr Primo stets kühl und spröde. Einen Schimmer von Freundlichkeit bekam seine Stimme nur dann, wenn er gereizt war. Das wußten alle, die mit ihm in Berührung kamen. Selbstverständlich wußte es auch Ogastes Carb.

„Guten Tag, gnädiger Herr“, brachte er unsicher hervor, denn seine Angst vor dem älteren Pádrele war ebenso groß wie die Verachtung für den jüngeren.

„Ich hätte gerne gewußt, ob wenigstens Sie einen Brief von Herrn Aurel bekommen haben? Mich hat er völlig zu vergessen geruht.“

„Nein, gnädiger Herr, ich habe nichts bekommen“, erwiderte Ogastes. „Aber ich möchte mir erlauben, anzunehmen, daß es ihm gut geht.“

„Ihr Optimismus freut mich sehr, mein Freund.“

Er ist in Ihrem Alter sehr verständlich. Herr Aurel ist bereits vor einem Monat weggefahren.“

„Wenn Sie erlauben, gnädiger Herr: gestern waren es sechs Wochen.“

„Sechs Wochen — und kein einziger Brief! Eine fatale Art — wegzufahren, ohne zu sagen wohin und für wie lange.“

Der ältere Pádrele durchmaß zornig sein Arbeitszimmer. Ein recht wohlgenährter dunkelblonder Mann mit einer kleinen Glatze, einer Brille, über der die dichten Augenbrauen an der Nasenwurzel zusammenstießen, glück er in Gestalt und Kleidung eher einem Provinzianwalt dritten Ranges als einem der reichsten, schicksalbestimmenden Männer Argentaeas.

Aus dem dunkeln, mattglänzenden Bilderrahmen blickte Urias Pádrele mit einem gewissen strengen Mitgefühl auf seinen Urenkel hernieder — Urias Pádrele, dieser wegen seiner genialen Kombinationsgabe, seiner sagenhaften Verbrechen und seiner betörenden Wohlthätigkeit berühmt gewordene Sohn des Gründers und zweiten Patriarch des mächtigen Pádrele-Geschlechtes.

Mit nicht geringerem Mitgefühl blickte auch Ogastes Carb auf den erregten Chef der Firma. Herr Primo tat ihm leid. Es gibt eine Sorte von Menschen, denen auch das geringste Mitgefühl für Leute, die gesellschaftlich unter ihnen stehen, fehlt, die aber mit aufrichtiger Rührung erfüllt werden, sobald ihnen die hohe Gunst zuteil wird, Zeuge seelischer Erregung reicher, vornehmer Herrschaften zu werden.

Der Anblick des erregt im Zimmer auf und ab schreitenden älteren Pádrele rührte Carb so sehr, der Wunsch, dem Finanzgewaltigen gefällig zu sein, wurde so unabweisbar, daß er einige Schritte vorwärts tat und nach einem einleitenden Hüsteln sagte:

„Wenn Sie erlauben würden, gnädiger Herr, ich hätte Ihnen etwas zu erzählen.“

„Wenn es Herrn Aurel betrifft, so bitte ich darum“, sprach der Chef der Firma und blieb stehen. „Für andere Dinge habe ich jetzt leider keine Zeit.“

„Es betrifft Herrn Aurel“, sagte Ogastes Carb.

## „Es geht aufwärts“

Hosannah! Die kühnsten Hoffnungen vom wirtschaftlichen Wiederaufbau in Westdeutschland sind übererfüllt. Aus der Pfalz kommt die DM-erschütternde Kunde, daß die Schuhfabrikanten schon zu viel Schuhe produziert haben. Die vermessenen Zweifler, die für die gesegneten westlich-deutschen Gefilde den Anbruch des barfüßigen Zeitalters voraussagten, werden als falsche Propheten in Sack und Asche Buße tun müssen. Trizonenien hat zu viel Schuhe, Weir trotzdem kein Geld hat, sich welche zu kaufen, mag getrostet sein im Glauben an unsere glorreichen CDU-Wirtschaftsführer; denn wenn schon nicht ihm mit Lohnerhöhungen geholfen wird, dann doch zumindest den armen Schuhfabrikanten mit Krediten (sprich: Subventionen).

Die „armen“ Schuhkönige, sie sind in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Es war, so wird ausdrücklich betont, beileibe nicht die Warenhortung, die sie in diese Zwangslage brachte. Nein, nur die tiefe Sorge um ihre mit nassen Füßen und zerrissenen Schuhen umherlaufenden Mitmenschen trieb sie dazu, mit der äußersten Kraft ihrer Arbeiter und den entsprechend niedrigen Löhnen alles zu tun, um so viele Schuhe zu produzieren, daß sie jetzt nicht mehr (für den hohen Preis) verkauft werden können. Jetzt sollen sie drei bis vier Millionen unverbürgten Sonderkredit erhalten, die „Selbstlosen“, um über den Berg zu kommen, der da Preissenkung hieß. Sonst müssen Arbeiter entlassen werden, schließlich hat man ja noch seine Hortungsläger, auf die zurückgegriffen werden kann. Alle, die keine Schuhe kaufen können, dürfen sich freuen mit ihnen, denn geholfen wird. Es gibt doch Gerechtigkeit. Welcher Staat würde auch seine treuesten Bürger, und das sind doch zweifellos die Industriellen — was die Subventionsforderungen anbetrifft — im Stiche lassen? Sicherheit nicht Trizonenien, die jüngste „Perle“ im Kranz der kapitalistischen Staaten und ihrer Vasallen. R. B.

### Suchdienst

Der SERVICE DES PERSONNES DEPLACÉES, Schloß Rastatt, Baden, bittet um Auskunft über das Schicksal oder die jetzige Adresse der folgenden vermissten Personen:

BLETTNER Léon, am 13. 10. 1924 geb.; am 15. 10. 1942 nach Koblenz einberufen; letzte Feldpost-Nr. 33 531; am 15. 8. 1944 in Jassy (Rumänien).  
BOCH Charles, am 22. 8. 1912 geb.; einberufen A. A.  
BESCHLIN Jean, am 31. 8. 1915 geb.; am 7. 7. 1943 einberufen nach Karlsruhe-Knielingen. Feldpost-Nr. 18 350; letzte Nachricht vom 30. 4. 1944 von Sevastopol; am 2. 5. 1944 schwer verwundet am Schenkel und Hüfte.  
BOETSCH Marcel, am 11. 5. 1922 geb.; am 25. 6. 43 nach Pforzheim einberufen. Letzte Feldpost-Nr. 30 394b; am 30. 6. 1944 Zone Bobruisk.  
BOGNER Alphonse, am 23. 8. 1908 geb.; am 11. 9. 44 n. Heilbronn, Schlieffenkasernen, einberufen; letzte Feldpost-Nr. 59 264 D; letzte Nachricht vom 11. 11. 1944 von Krakau.  
BOURGER Jean, am 1. 2. 1919 geb.; am 18. 4. 1943 einberufen; letzte Feldpost-Nr. 04 790; vermisst seit 18. 7. 1944.  
BOY Julien, am 8. 5. 1912 geb.; war am 21. 4. 1943 in Görlitz, 25. Panz.-Div.; Feldpost-Nr. 35 768.  
BRABANT Francis, am 18. 1. 1926 geb.; am 10. 8. 1944 einberufen; letzte Nachricht vom 8. 10. 1944 aus Landsberg, Frankfurt a. O.  
RACHINEL Jean, Pierre, am 30. 7. 1922 geb.; am 22. 2. 1943 deportiert.  
RAMA Yves, am 1. 12. 1922 geb.; arbeitete in Neusee bei Berlin, in Präsidium Potsdam im Juni 1944 inhaftiert.  
RIGAUD Roger, am 27. 4. 1914 geb.; am 16. 5. 1944 verhaftet, bis 16. 8. 44 im Gefängnis Saint-Michel-Toulouse inhaftiert.  
ROUSSEAU Paul, am 25. 4. 1913 geb.; in Crespin am 8. 10. 1943 verhaftet. Lager von Blaakoumes am 14. 1. 1945.  
SEGUIN Jean, am 15. 6. 1920 geb.; arbeitete im Br. Arnsdorf, Breslau.  
SOULABAILLE Henri, am 20. 2. 1917 geb.; arbeitete in Köln Hbf. Ga Erfurt.  
TAILLEF Charles, am 11. 7. 1913 geb.; arbeitete in Schneidemühle, Coesfeldstr. 1. (Nürnberg) im Januar oder Juli 1944 in Dachau, Kdo. 847 (?).  
TERRIEN Joseph, am 13. 3. 1913 geb.; arbeitete in Oberhausen, 10a, Hindenburgstr.

## Partei Gründungen und ihre Hintergründe

Die westlich orientierte Presse brachte in den letzten Wochen wiederholt Meldungen über die bevorstehende Gründung bzw. Lizenzierung sogenannter „freier“ oder „unabhängiger“ kommunistischer oder sozialdemokratischer Parteien. Die Bereitwilligkeit, mit der diesen Meldungen Raum in den Spalten einiger Zeitungen gewährt wurde, ließ von vornherein den Schluß zu, daß die hinter diesen Zeitungen stehenden politischen Kreise bzw. die Militärregierungen, die dieser Presse die Lizenz gaben, ein lebhaftes Interesse an der Entstehung und Popularisierung solcher Splitterparteien haben.

Zwar haben von Zeit zu Zeit in der deutschen Arbeiterbewegung Querulanten und Querköpfe versucht, Splitterparteien und -gruppen zu gründen; bis zum Jahre 1933 geschah das meistens, weil es irgendwelche abweichende politische Auffassungen gab, oder aus Unzufriedenheit, weil diese Querulanten und Querköpfe nicht die von ihnen erhoffte Rolle in der Arbeiterbewegung zugebilligt bekommen haben.

### Kriminelle Verbrecher erhalten Lizenz

Bei der Gründung der sogenannten kommunistischen Parteioption (KPO), die unter dem Namen FKP (Freie Kommunistische Partei) eine Lizenz bei den westlichen Besatzungsmächten in Berlin beantragt hat, handelt es sich aber weder um solche Querulanten noch überhaupt um Menschen, die in irgendeiner Weise mit der deutschen Arbeiterbewegung verbunden sind. Zwar hat der „Gründer“, Karl-Heinz Scholz, sich im Sommer 1945 der Kommunistischen Partei angeschlossen; als aber bekannt wurde, daß es sich bei ihm um einen elfmal wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch und Zuhälterei Vorbestraften handelte, wurde er aus der Partei entfernt. Die-

ses ausgesprochen kriminelle Element hat sich nun jetzt mit anderen Schwarzhändlern und Gangstern zusammgefunden, um eine Partei zu gründen.

### Wer sind die Hintermänner?

Nach bewährter Methode sind hier einige kriminelle Elemente, die aufgrund ihrer Vergehen und Verbrechen sich in der Hand bestimmter alliierter Behörden befinden, dazu gebracht worden, dem Willen dieser Stellen gefügig zu sein, und mit der Gründung einer Partei beauftragt worden. Verbindungsoffiziere haben ihnen eine Lizenz in Aussicht gestellt, für die Herausgabe der „Roten Fahne“, mit deren Hilfe die Berliner Arbeiterschaft verwirrt und kampfunfähig gemacht werden soll.

Wer sind die Hintermänner dieser Tätigkeit des Scholz? Es steht heute fest, daß er, schon bevor er an die Öffentlichkeit trat, um seine Parteigründung bekanntzugeben, mit dem Vorsitzenden der Berliner SPD, Mattick, eine Aussprache gehabt hat und daß die Gründung der Partei von Mattick angeregt und gefördert worden ist. Mattick hat hier im Auftrag des berühmten Mr. Biel, amerikanischer politischer Offizier, gehandelt und auch die notwendigen Geldbeträge dem Scholz für seine Gründungsarbeit und für die Herausgabe der „Roten Fahne“ in Aussicht gestellt. Der „Sozialdemokrat“ und der „Telegraf“ hatten es eilig, ihm ihre Spalten für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen und der „Sozialdemokratische Informationsdienst“ (SPD) bringt in seiner Nr. 687 vom 12. 2. 1949 mit großem Wohlwollen seitenlange Pressenotizen und sonstige Veröffentlichungen der KPO bzw. FKP.

## Die Bilanz eines Jahres

Jahresversammlung der Gewerkschaft der öffentlichen und kommunalen Betriebe und Verwaltungen, Kreis Offenburg und Umgebung

Die Gewerkschaft öffentlicher Betriebe und Verwaltungen kann auf ein Jahr erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit zurückblicken. Dies kam in dem ausführlichen Geschäftsbericht des ersten Vorsitzenden, Koll. Bätz in der Generalversammlung, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte, zum Ausdruck.

Als eine der Hauptaufgaben des vergangenen Jahres bezeichnete Koll. Bätz die Frage des Lohnes und der Existenzsicherung aller in öffentlichen Betrieben oder Verwaltungen Tätigen. Von der Gewerkschaft sei keine Propaganda gemacht, dafür aber umso mehr Arbeit geleistet worden, die von erfolgreich abgeschlossenen Lohnbewegungen gekrönt war. Erschwert wurde die Arbeit durch Betriebe, in denen teilweise noch Stundenlöhne von 60 und 70 Pfg. gezahlt wurden. Dank der Bemühung der Gewerkschaft gehört dieser Zustand heute der Vergangenheit an.

Die jetzt von der Landesvereinigung eingeleiteten Lohn- und Gehaltsverhandlungen sehen neue Forderungen vor, die die Zustimmung aller Anwesenden fanden. Starken Beifall erhielt Koll. Bätz, als er alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zu gemeinsamer Solidarität aufrief. Die Forderungen auf Beilegung der sechsprozentigen Abzüge aufgrund der Brünningsschen Notverordnung, die Senkung der Lohnsteuer bei Einkommen unter 200 DM monatlich, Beseitigung der Ortslohnstaffeln und der Ortsklassen D und C fanden volle Zustimmung.

Zur Frage des trizonalen Zusammenschlusses der Gewerkschaften erinnerte Koll. Bätz

an die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses in ganz Deutschland. Er selbst habe auf der Konferenz in Ludwigs-hafen den trizonalen Zusammenschluß abgelehnt, weil dieser nur als Anhängsel des Marshallplanes, des Ruhr- und Besatzungsstatuts gewertet werden könne. Heute würde auch manchem Befürworter der „Marshall-Hilfe“ klar, daß damit eine gesunde Entwicklung der deutschen Wirtschaft nicht gefördert wird. Marshallplan und Demontage zeigten, wie unsere Wirtschaft gefesselt wird. Besatzungs- und Ruhrstatut müssen abgelehnt werden, weil dadurch die deutschen Arbeiter nicht nur das Joch der deutschen, sondern auch das der ausländischen Kapitalisten tragen müssen.

Starke Zustimmung fand die Ausführung des Koll. Bätz gegen die Haltung der badischen Regierung in der Frage des Betriebsrätegesetzes, die mit der Erlassung der Wahlordnung zögere. Er erinnerte an die machtvolle Kundgebung um das Mitbestimmungsrecht, an die überaus eindrucksvolle und von starkem Kampfwillen getragene Kundgebung der Betriebsräte in Freiburg. Wenn der badische Gewerkschaftsbund die Regierung ernstlich an ihre Verpflichtung, die Wahlordnung zu erlassen, mahne, so müsse er sich der Kräfte und des bewußten Willens der Werktätigen zur Erreichung dieses Zieles bedienen. Es zeugt von der Entschlossenheit der Gewerkschafter, daß gerade diesen Ausführungen des Koll. Bätz besonders starker Beifall gezollt wurde.

Der Referent übte sodann scharfe Kritik an

den Maßnahmen der Verwaltungen und dankt den Stadträten, die sich ebenso wie die Gewerkschaft und die Betriebsräte gegen die Entlassungen gewandt haben. Er zitierte die Ausführung eines Stadtrats: „Da beten die Arbeiterfrauen und ihre Kinder täglich: ‚Herr gib uns heute unser täglich Brot‘, während christliche Behördenvertreter durch ihre Maßnahmen das Brot wegnehmen.“

In der Diskussion wurde einmütig den Ausführungen des Berichterstatters zugestimmt und allen Mitgliedern des bisherigen Vorstandes für ihre Arbeit Dank ausgesprochen. Bei den anschließenden Wahlen wurde Koll. Bätz als erster Vorsitzender einstimmig wiedergewählt, als 2. Vorsitzender Koll. Echle. Beisitzer wurden die Koll. Purmann, Göbel, Holl und Sester, Schriftführer Koll. Hipp, Kassierer bleibt Koll. Fritsch.

### Außerordentliche Generalversammlung der Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe in Rheinfelden

Rheinfelden. Die Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe in Rheinfelden hielt dieser Tage in der Sängersäle eine außerordentliche Generalversammlung ab. Als Referent des Abends war der Vorsitzende des Landesverbandes, Koll. Herrmann aus Freiburg, gekommen, der über die Wahlen zum Betriebsrätegesetz und über Lohn- und Gehaltsfragen sprach. Er betonte, daß die Arbeiterschaft vor den schwersten Zeiten stehe, daß man mit großen Kämpfen rechnen müsse. Eine Sache jage die andere. Das badische Betriebsrätegesetz sei das Beste, das wir kennen. Von dem Ausgang der Wahlen der Betriebsräte hänge es ab, was wir mit dem Gesetz erreichen würden. Aufrechte Kämpfer müssen es sein, dies ist die Hauptsache und Grundbedingung. Auch junge Betriebsräte müssen gewählt werden. Weiter müsse man darauf achten, daß auch verschiedene Ausrichtungen in politischer Hinsicht vertreten sein müssen. Die Wahl lasse lange auf sich warten, er glaube heute, daß es Mitte April werden wird, denn jetzt erst würde die Wahlordnung erwartet. Neue Lohn- und Gehaltserhöhungen müssen gefordert werden, er glaube und hoffe, daß man in den zur Zeit laufenden schweren Verhandlungen, die geführt werden, zum Ziele gelange. Bis jetzt sei es in keiner Weise gelungen, das Einkommen den immer noch übersteigenden Preisen anzupassen.

In der anschließenden sehr lebhaften Aussprache wurden zahlreiche Wünsche und Anregungen gegeben, die der Referent gegenüber der Bundesleitung zu vertreten versprach. Die Generalversammlung wählte einen 1. und 2. Vorsitzenden und den Kassierer. 1. Vorsitzender wurde Koll. Bernhardt, 2. Vorsitzender Koll. Eckert, Kassierer Koll. Henle.

## Immer noch „Wartestandsbeamte“

Rheinfelden, Bürgermeister King hatte die Stadträte, je einen Vertreter der vier politischen Parteien und die Gewerkschaften eingeladen, um deren Stellungnahme zu dem Problem der Wartestandsbeamten kennen zu lernen. Bekanntlich wurden sechs Beamte auf Grund ihrer pronazistischen Einstellung entlassen. Nachträglich kamen sie so gut durch die Säuberungsmaschine, daß sie das Recht auf Wiedereinstellung oder Wartegeld haben. Die Stadtgemeinde ist verpflichtet, an diese Herren jährlich zirka 30 000 DM zu bezahlen. Sie stellen nun sehr energisch den Anspruch auf Wiedereinstellung und glauben durch ein „auf den Tisch klopfen“ ihren Anspruch noch verstärken zu müssen. Warum nur haben diese Herren nicht bereits so großen Mut im Dritten Reich gezeigt?

Die SPD sprach sich gegen eine Wiedereinstellung aus und wies darauf hin, daß diese Beamten durchaus nicht entlastet seien. Man sei bei der Säuberung durchaus von dem Gesichtspunkt ausgegangen, ihrem weiteren Fortkommen nichts in den Weg zu legen. Die CDU sprach vom Recht auf Wiedereinstellung, obwohl keine Stellen frei sind. Sollte dies nicht möglich sein, müsse man eben Beamtenwartegelder bezahlen. Recht müsse Recht bleiben, erklärte auch die DP. Der KP-Vertreter erklärte, daß diese Frage für einen Antifaschisten leicht zu klären sei. Die Kommunisten fordern, daß diese Beamten weder eingestellt noch Ruhegeld erhalten.

lichen Türen neue Schlösser und Sicherungsriegel anbringen zu lassen.

Da für einen Nichtkenner der örtlichen Verhältnisse der Eindruck entstehen könnte, als ob die mit Recht angeprangerte Schlampe erst unter seiner Amtsführung entstanden sei, bittet uns der Bürgermeister, nochmals kurz auf den Fall einzugehen. Wir kommen dem Wunsche des neuen Bürgermeisters von Goldscheuer, der der Freien Wählergruppe angehört, gerne nach und stellen fest, daß er alles Nötige unternommen hat, um das „Geistern“ im Rathaus von Goldscheuer abzustellen.

### Saatgut aus Dänemark und Schweden

Freiburg. Nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsministeriums macht die schlechte Saatqualität des einheimischen Sommergetreides voriger Ernte die Erneuerung des Saatgutes für Hafer und Gerste notwendig. Es ist gelungen, hierfür die Einfuhr von 2500 t hochwertiger Saathafer und 1000 t ebensolcher Gerste aus Dänemark und Schweden zu sichern, das bis spätestens Mitte dieses Monats erwartet wird.

## Was unsere Leser schreiben:

Ich habe Ihren Artikel in UNSER TAG Nr. 21 „Dies ist die Wahrheit“ gelesen und muß die dort gemachten Ausführungen als den Tatsachen entsprechend bestätigen.

Aber noch gibt es genug Leute, die ungläubig mit dem Kopf schütteln, wenn man ihnen sagt — um nur ein Beispiel anzuführen — daß die Kriegsgefangenen in Rußland während des Krieges schreiben durften.

1943 an der Nordfront in Gefangenschaft gekommen, durften wir wenige Tage nach der Gefangennahme nach Hause schreiben. Allein bis Ende 1943 erhielten wir noch zweimal die bekannte Karte mit rotem Kreuz und rotem Halbmond. Dieses von den Lieben in der Heimat so sehnlichst erwartete Lebenszeichen hat sein Ziel nie erreicht, durfte es auch nicht erreichen.

Warum nicht?

Weil unsere „Führung“ mit der Weiterbeförderung dieser Post sich selbst die größte Ohrfeige gegeben hätte, denn wir waren ja „tot“. Zur selben Zeit, als wir im russischen Lazarett von russischen Aerztinnen und Schwestern verbunden und gepflegt wurden, gab der Herr Ortsgruppenleiter den verzweifelten Angehörigen daheim den zynischen Trost: „Der Führer erließ einen Befehl, wonach die Familien von Vermissten dahingehend zu verständigen sind, daß der Russe keine Gefangenen macht.“ —

Wer trägt also die Schuld dafür, daß so viele heute noch nicht wissen, wo der Sohn, der Gatte, der Vater geblieben ist? O. K. in B.

### Für den gleichen Boss tätig

Die Auftraggeber von Karl-Heinz Scholz haben noch Größeres mit ihm vor. Sie brauchen unbedingt eine Tito-Partei, wie sie sich selbst ausdrücken, da man nicht wissen könne, ob insbesondere in Westdeutschland die irreführenden und geblendeten Massen der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums sich nicht der KPD zuwenden werden. Darum versucht man, zwischen dem Parteigründer in Dortmund, Clemens Bender, der die UKP gründete — nachdem ihm von Vertretern der Dortmunder Militärregierung die baldige Lizenzierung in Aussicht gestellt worden ist — und dem Berliner Agenten Scholz Verbindungen herzustellen. Die Tätigkeit für den gleichen Boss soll koordiniert werden. Auch Bender hat mit der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht das geringste zu tun. Nach 1945 war er Kreisvorsitzender der FDP (LDP) in Dortmund. Er wurde seiner Funktion entbunden, als ihn die englische Militärregierung einsperrte, weil er seinen Fragebogen falsch ausgefüllt und seine Zugehörigkeit zu gewissen Naziorganisationen nicht angegeben hatte. Seine Versuche, nachdem er wieder beikommen war, der KPD beizutreten, wurden viermal von der Letztgenannten der kommunistischen Partei abgewiesen, da er als soziales Element, das keiner geregelten Arbeit nachgeht, und einen zweifelhaften Lebenswandel führt, eingeschätzt wurde. Hinzu kam der Verdacht, daß er im Auftrage des englischen Geheimdienstes seine Aufnahmegesuche stellte, mit dessen Vertreter, Baker, er engstens liiert ist.

### Der Zweck der Übung

Baker entwickelt das Programm der neuen Partei: Schaffung eines Gegengewichts zur KPD, das in der Lage ist, die vorhandenen Nichtwähler auf sich zu lenken, bzw. sie zu verwirren, damit

sie nicht eines Tages zur KPD stoßen. Die Partei arbeitet mit allen Parteien zusammen, außer mit der KPD. Der Rettungsanker, um die innerdeutsche wirtschaftliche Situation aufzubessern, ist allein der Marshall-Plan. Die Demokratie (wie Mr. Baker sie versteht) ist die einzige Staatsform, die für die UKP und für Herrn Bender in Frage kommt. Was darunter zu verstehen ist, demonstriert Baker mit folgendem Geschäft: Zum Zwecke erhöhter Werbung für die UKP wird die Militärregierung Bender eine Zeitungslizenz geben. Sobald diese erscheint, könne man die kommunistische Tageszeitung verbieten, der KPD könne man, wenn sie protestiert oder eine neue Lizenz fordere, entgegenhalten, es bestehe eine kommunistische Zeitung. Für zwei läge kein Bedürfnis vor.

Noch eine dritte Splitterpartei machte in der westlich lizenzierten Presse von sich reden. Es ist die von zwei ehemaligen Sozialdemokraten gegründete USPD, der Mr. Biel von der USA-Mil.-Regierung eine baldige Lizenzierung nach Einreichung ihres Programms in Aussicht stellte. Der ehemalige Redakteur des „Sozialdemokrat“ und Presseschef der holsteinischen Regierung, Heinz Krüger, und der SPD-Stadtvordere, Kischkat, deren Beziehungen zu westlichen Militärregierungen ein offenes Geheimnis in Berlin sind, treten als Initiatoren auf. Diese USPD braucht man in Berlin, um leichtes Spiel in Westdeutschland gegen alle linken und unzufriedenen Mitglieder der eigenen Partei zu haben.

Die Amerikaner wollten das deutsche Volk zur Demokratie erziehen. Gehört zu dieser Demokratie auch, daß durch Schwindelunternehmen, gestützt auf Kriminelle und Gangster, die Arbeiterbewegung zersetzt und gespalten werden kann auf Weisung höherer Stellen? Wir zweifeln nicht daran, daß der tiefste Punkt in diesem demokratischen Anschauungsunterricht noch nicht erreicht worden ist. W. Berger

# AUS UNSERER HEIMAT

Redaktion des Heimattells: Freiburg,  
Schwabentorstraße 1, Telefon 2239  
Verantwortlich: H. Schäfer

## Freiburger Veranstaltungen

**Kaufhaus-Saal:** Donnerstag, 17. März, 20.30 Uhr, Klavier-Abend: Samson Francois.

**Lichtspiele:** Casino: Glückspilze (ab Freitag: Louis Pasteur), Friedrichbau: Wintermelodie (ab Freitag: Fregola), Kandelhof: Ungeduld des Herzens (ab Freitag: Fregola), Harmonie: Der Glöckner von Notre Dame (ab Freitag: Der Apfel ist ab), Union: Das Teufelspferd (ab Freitag: Beate).

### Zwei Jubilare

Die Männergesangsvereine „Eintracht“, Freiburg und „Liederkrantz“, Freiburg-Zähringen brachten ihrem Ehrenvorsteher Herrn Ed. Ritter zu seinem 74. Geburtstag auf dem Rötbeck ein Ständchen.

**Emmendingen:** Frau Philipp, Lammstraße 26 feierte am 16. März ihren 82. Geburtstag. Beiden unsere herzlichsten Glückwünsche.

### Wann legt man den Dieben das Handwerk?

Zum Unterschied von jenen Menschen, die unverschuldet durch die heutige Not in Konflikt mit dem Gesetz kommen, gibt es bei uns zur Zeit allerdings Elemente, die aus reiner Gewinnsucht andere Menschen bestehlen. Während man aber diejenigen, die von der Not getrieben, Unrecht begehen, meist sofort verhaftet und zu oft unverantwortlich hohen Strafen verurteilt, können die berufsmäßigen Marder und Diebe fast ungesühnt ihr Handwerk betreiben.

So häufen sich in den Polizeiberichten noch immer in ansteigendem Maße die Fahrraddiebstahle. Ein besonders anspruchsvoller Halunke entwendete vor einer Reparaturwerkstätte in Zähringen ein Herrenfahrrad, Marke Meisterklasse, Fabrik-Nummer 1116576, und ließ an der gleichen Stelle ein älteres Herrenfahrrad, das vermutlich ebenfalls aus einem Diebstahl herrührt, zurück. Marke Vorreich-München, Fabrik-Nummer 656568, das bei der Kriminalpolizei vom Eigentümer abgeholt werden kann.

Ein junger Mann konnte festgenommen werden, weil er ein Fahrrad im Besitz hatte, das der rechtmäßige Eigentümer als das ihm vor einigen Wochen auf dem Hofe des Marienbades gestohlene erkannte.

Vor der Wirtschaft vom Haslachhof wurde ein verschlossen abgestelltes Herrenfahrrad, Marke Komet, Fabrik-Nummer 048752, gestohlen.

In der Nacht zum 5. März wurde einem hiesigen Fuhrunternehmer sein auf dem Augustinerplatz abgestellter LKW gestohlen. Zwei Tage später wurde das Fahrzeug auf der Landstraße bei Kenzingen mit abmontierten Reifen aufgefunden. Aus dem Hofe des Gasthauses „Zum Schiff“ wurde nachts ein Kraftwagen, Marke NSU, Kennzeichen FB-03-1044 gestohlen.

### Wer hat Angst vorm bösen Wolf?

Auf unseren Artikel in der letzten Donnerstag Ausgabe, der sich mit der Diskussion über den sogenannten Parlamentarischen Rat in Bonn befaßte, die Vertreter der CDU, DP und SPD Jugend im Südwestfunk geführt hatten, antwortete Herbert Fallner im „Volk“ vom 12. März. Wir stehen nun auf dem Standpunkt, daß wir die Diskussion in der Zeitung nicht weiterführen sollten, da zu viele Fragen aufgeworfen wurden, die einer ernsthaften Aussprache bedürfen. Deshalb fragen wir die jungen Genossen der SP, ob es nicht besser wäre, wir setzten uns einmal zusammen, um über alle diese Fragen eingehend zu diskutieren. Wir erinnern sie daran, daß wir vor Wochen einmal zusammenkamen, um eine gemeinsame Diskussion ins Leben zu rufen. Wir hatten damals das Thema bereits festgelegt. Wenn sie wirklich den Willen haben, sich mit uns in einer fruchtbaren Aussprache auseinanderzusetzen, dann werden wir ihnen auch über den Punkt Klarheit verschaffen, der ihnen soviel Kopfzerbrechen verursacht, daß auch Herbert Fallner in seinem Artikel darüber stolperte und sich in Widersprüchen verwickelte: Die andere Zone.

## Nachrichten vom Kaiserstuhl

### Todesfall

**Oberbergen a. K.** Im 73. Lebensjahr verstarb nach kurzer Krankheit der Küfermeister Peter Wörner und wurde unter großer Anteilnahme zur letzten Ruhestätte geleitet. Als tüchtiger und ruhiger Handwerksmeister genoß Wörner großes Ansehen weit über seinen Heimatort hinaus. Dies bekundete vor allem der Obermeister der Küferinnung, der dem Verstorbenen einen Kranz am Grabe niederlegte. Die Gemeinde verliert mit ihm einen ihrer besten Bürger. — Im Monat Februar verzeichnet das Standesamtsregister eine Geburt, drei Todesfälle und zwei Eheschließungen.

### „Im weißen Rössl“

**Königsschaffhausen.** Im Saal zum „Ochsen“ veranstaltete die Emmendinger Freilichtspielergemeinde einen wohlgelungenen Theaterabend. Zur Aufführung gelangte das Lustspiel „Im weißen Rössl“. Nicht nur die Bürger der Gemeinde waren zu dem Abend erschienen, auch Gäste von den benachbarten Ortschaften stellten sich ein, um hier einige Mußstunden zu verleben. — Leider hat die Spielergemeinde aus Emmendingen zum Lohn für die unterhaltsame Gestaltung des Sonntagabends einen Pechfaden unfreiwillig ziehen müssen. Auf der Rückfahrt nach Emmendingen öffnete sich die Tür des Anhängewagens und entließ in Gnaden die darin verstauten Handkoffer, die mit Künstlergarderobe ange-

## Generalversammlung der Metallarbeiter

**Emmendingen.** Am Sonntag, 12. März, fand im Löwensaal in Emmendingen die Generalversammlung der Metallarbeiter statt. Kollege Theo Schatz eröffnete die gut besuchte Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt. Der Jahresbericht zeigte vor allem, daß noch gewaltige Arbeit zu leisten ist, bevor alles wieder aufgeholt ist, was durch das „tausendjährige Reich“ zerschlagen wurde. Außerdem wurde deutlich, wie sehr die unsoziale Währungsreform der Gewerkschaft geschadet hat und es großer Anstrengungen bedarf, um neue Kraft gegen die Willkür der Unternehmer zu sammeln. Die Diskussion ergab ein breites Bild von den Mängeln der augenblicklichen Wirtschaftspolitik, die zu einer außerordentlichen Unsicherheit hinsichtlich der Existenz der Arbeiterschaft geführt haben. Vor allem die Ausführungen des Zonensekretärs, Kollege Weber, fanden ungeteilte Aufmerksamkeit. Wenn man seine

Worte zusammenfaßt, so ergibt sich die Tatsache, daß es wieder 10 Minuten vor 12 ist, und nur die Kraft der Arbeiter in den Betrieben die Kriegstreiber daran hindern kann, ihre verbrecherischen Ziele zum dritten Male in unserm Jahrhundert durchzusetzen. Deshalb wird es notwendig sein, alle Werktätigen zu mobilisieren, damit das deutsche Volk leben kann. Wenn das gelingt, so werden wir auch eine demokratische Wirtschaft aufbauen können, die die Einheit Deutschlands sichert und damit den Frieden.

Grosse Bedeutung kommt in den vor uns liegenden Aufgaben vor allem der Jugend zu, wobei es notwendig ist, daß die Jugend mitarbeitete in den Gewerkschaften, um ihre Forderungen durchzusetzen. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die die Verwirklichung des Betriebsrätegesetzes fordert und die sofortige Durchführung der Betriebsrätewahlen.

## Tribüne der Aussprache

### Offener Brief an den BLHW

In Folge 2 der „Bauern Zeitung“, Organ des BLHW, vom 20. Januar 49 erschien ein Artikel von Herrn Stiefel über die „Preise für landwirtschaftliche Maschinen“. Eine Antwort darauf sandte ich an die Redaktion der Bauernzeitung. Allerdings erfolgte bisher keine Veröffentlichung so daß ich den Artikel hier der Öffentlichkeit übergebe.

„Die Frage der Preisüberwachung bei den Landratsämtern ist eine besondere Angelegenheit. Als Kleinlandwirt bin ich Mitglied einer solchen Preisprüfungskommission. Wir können bei unseren Zusammenkünften über alle möglichen Dinge reden, ja der Wortlaut dieser Besprechungen wird sogar in Stenogrammen festgehalten, um sie der Regierung zur Kenntnis zu bringen, auf die Preisgestaltung haben wir aber keinen Einfluß, weil die Regierung genau wie früher die Preise festsetzt und sich keinen Deut darum kümmert, was die Ausschüsse dazu sagen. M. E. müßte die Organisation selbst (BLHW) zu Protestversammlungen aufrufen und in Resolutionen zu dieser Frage Stellung nehmen, um die Regierung dahin zu bringen, daß sie der Stimme, die aus dem Volke kommt, Gehör schenken muß. Also wenn Ihnen wirklich das Wohl der Gesamtheit so sehr am Herzen liegt, dann rufen Sie zu Protestkundgebungen auf, wenn Ihr Artikel nicht nur eine Irreführung der Leserschaft bedeuten soll.“

Nach den mir bis jetzt bekannt gewordenen Ergebnissen sind diese Preisausschüsse bei den Landratsämtern überall gleichmäßig, d. h. paritätisch aus allen Parteien zusammengesetzt. Wenn die Parteien in ihren Kreisen keine Landwirte als Mitglieder dieser Ausschüsse benennen konnten, dann stellen sie sich selbst damit ein Armutszeugnis aus, oder aber sie haben Leute in diesen Ausschüssen sitzen, die zu allem ja und Amen sagen, dann kann natürlich keine Politik betrieben werden, die sich zum Nutzen, sondern eher zum Schaden des Volkes auswirken wird. Dies ist meine Meinung. (B. A. H.)

### Kirchliche Politik und „Aufklärung“

Schon am Samstag, es war der 12. März, war das Hauptgespräch in Freiburg-St. Georgen die Predigt eines Pfarrers, der anlässlich der katholischen Missionswoche vor verhei-

rateten Frauen in „Aufklärung“ gemacht hatte. Der St. Georgener Frauen hatte sich eine große Empörung bemächtigt und deshalb ging ich am Sonntag auch in die Kirche, als er diesmal vor verheirateten Männern seinen Vortrag hielt. Erst fing er an, über Politik zu reden, Sinngemäß sagte er etwa folgendes: Alles Unglück komme von den revolutionären Ideen der Männer, besonders seitdem sie daran gingen, diese Ideen in die Tat umzusetzen. Die katholische Kirche müsse deshalb in der mit Spannungen geladenen Welt das gesunde Gleichgewicht schaffen und brauche dazu Männer, die in Demut leben, keine Kritik an der Kirche üben und nicht soviel reden, sondern den Worten ihrer Pfarrer Glauben schenken. Auch müßten sie daran denken, daß der Mann das Oberhaupt der Familie sei, dem die Frau in Demut zu dienen habe. Deshalb sei auch die Ehe heilig und dürfe nicht geschieden werden. Dann kam er auf die nur weltlich geschlossene Ehe zu sprechen, wobei er anfangs gegen die Sowjetunion zu hetzen. Er sagte, daß eine Ehe ohne kirchlichen Segen, wie es dort üblich sei nicht mehr bedeute, als wenn sich zwei Hunde auf der Straße paaren. Mit solchen und ähnlichen Gemeinheiten beleidigte er nicht nur die Menschen in Rußland, sondern auch Tausende Ehen in Deutschland, die ohne die Kirche zustandekamen.

Schließlich fing er an, über sexuelle Probleme zu reden. Er sprach von der Verhütung, vom Kindersegen, gab Ratschläge und Ermahnungen, denen jede Natürlichkeit fehlte. Natürlich verteidigte er auch den § 218, der die Abtreibung als Verbrechen hinstellt. Dabei konnte er sich nicht versagen, gegen „Unser Tag“ loszuwettern, weil die Zeitung neulich erst gefordert hatte, den § 218 zu beiseite zu lassen, weil er unseren sozialen Problemen nicht mehr gerecht wird. Er versuchte auch, seine Zuhörer zu überzeugen, daß dieser Paragraph nichts mit Kapitalismus oder Kommunismus zu tun habe, sondern daß jede Abtreibung ein Mord sei. Ich gehe öfters einmal in die Kirche, aber wie viele St. Georgener finde ich, daß solche Dinge nicht Thema einer Predigt sein dürfen. Unsere Frauen sagen, daß sie selbst wüßten, was sie zu tun hätten, und nicht die Ratschläge eines Mannes brauchten, der jeden Fortschritt und die Gleichberechtigung der Frau ablehnt. (t. s.)

## Wartehalle Bertholdsbrunnen

In der letzten Stadtratssitzung wurden die Verträge über die Grundstücksverpachtung am Bertholdsbrunnen vorgelegt. Der Stadtrat gab seinem Mißfallen darüber Ausdruck, daß die durchgeführten Bauarbeiten für eine Wartehalle nicht dem Beschlusse des Stadtrats entsprechen. Die seinerzeit bewilligten 30 000 DM sind nicht wie vorgesehen, zur Hälfte dem Bau der Wartehalle zugute gekommen, sondern zum Bau der Behelfsläden auf dem betreffenden Grundstück der Stadt verwandt worden, wobei die Wartehalle so schlecht weggekommen ist, daß sie keinesfalls den Bedürfnissen der Fahrgäste entspricht.

Im Stadtrat kam der Wunsch der Betzen-

hausener Bevölkerung zur Sprache, daß die Stadt die Mittel bewilligen möge, damit in diesem aufblühenden Vorort ein Gemeinschaftshaus gebaut werden könne. Die Betzenhausener Bauhandwerker und Arbeiter haben angeboten, nach allen Kräften sich an dem Bau zu beteiligen, damit in kurzer Zeit der dortigen Bevölkerung ein Saal zur Verfügung steht, der für Konzerte, Veranstaltungen und Versammlungen von allen benutzt werden kann.

Die Volkshochschule hat um einen Zuschuß von 4 000 DM nachgesucht, der ihr einstimmig bewilligt wurde. Außerdem beantragte sie, den laufenden Zuschuß für die kommenden zwei Semester auf 3 000 DM festzusetzen. Auf Einspruch der DP Stadträte — von denen man nachgerade in Fragen der Fortbildung der werktätigen Bevölkerung und ihrer sonstigen Sorgen genug fehlendes Verständnis gewohnt ist — wurde dieser zweite Antrag zurückgestellt.

Beihilfen für die Kindergärten der Caritas und christlichen Nothilfe wurden bereits früher gewährt. Nun wurde auch endlich einem Antrag der Arbeiterwohlfahrt entsprochen, die um einen Zuschuß für ihre Kindergärten nachgesucht hatte. Allerdings beträgt der genehmigte Betrag nur 1 000 DM, es ist zu hoffen, daß ein weiterer Zuschuß baldmöglichst bewilligt wird, da die AW bei ihrem Aufbau außerordentlicher Mittel dringend bedarf.

Die Bausperre für das Hauptschadensgebiet ist um ein Jahr verlängert worden, weil die Voraussetzungen für einen endgültigen Wiederaufbau noch nicht in allen beschädigten Stadtgebieten gegeben sind. In den Gebieten, in denen Änderungen der Bauplatzumlagen vorgenommen werden, muß das Bauplatzumlagenverfahren noch durchgeführt werden. Dieses Umlegungsverfahren ist um so schneller beendet, je rascher sich die einzelnen Grundbesitzer gütlich einigen.

Wie aus der heutigen Bekanntmachung ersichtlich, können wie bisher in besonderen Fällen Ausnahmen bewilligt werden.

## Arkaden in der Innenstadt

Zu diesem Kapitel unseres Wiederaufbaus erhielten wir kürzlich eine Entscheidung des Einzelhandelsverbandes Freiburg, die wir hiermit veröffentlichen:

Die 150 in der „Harmonie“ in einer eingehenden Aussprache über die Arkadenfrage zusammengekommenen Bauinteressenten der inneren Kaiser-Josef-, Salz- und Bertholdstraße sind der Auffassung, daß die Verkehrsfrage, bei Ablenkung des Lastwagenverkehrs mit richtiger Organisation des Verkehrs weder eine grundsätzliche Verbreiterung der Kaiser-Josefstraße, noch durchgehende Arkaden erforderlich macht. Gegen die Errichtung von Arkaden an der engsten Stelle der Kaiser-Josefstraße ist nichts einzuwenden.

Eine grundsätzliche Verbreiterung der Straße mit Verlegung von Grundstücksmauern oder die Errichtung durchgehender Arkaden ist betriebswirtschaftlich für die Geschäfte nicht tragbar und kann weder für die Stadt noch für die Grundstückseigentümer finanziell verkräftet werden.

Es wird erwartet, daß die wirklich betroffenen Bauinteressenten in den Kommissionen, die endgültige Beschlüsse fassen, eine maßgebliche Vertretung erhalten. Es wird ferner erwartet, daß die Durchführung von Bauvorhaben keinerlei vermeidbare Verzögerungen mehr erleiden.

## Freie Jugend im Kappeler Tal

Eigentlich wollten wir unsere Wochenend-schulung im Bergmannsheim durchführen. Aber dann erfuhren wir, daß dort schon alles belegt war und so kamen wir nach einer schönen Wanderung von Littenweiler durch den Wald nach Kappel in der Herderhütte unter. Wir, das waren am letzten Wochenende 14 Mädels und Jungen der FDJ, die nach dem Abendrot in der Wirtsstube beim Oskar Näher saßen und über das Märchen „Der Jude im Dorn“ diskutierten, dem Grimmschen Märchen, das den unseligen Antisemitismus des deutschen Volkes so stark ausdrückt. Wir lernten aus der Auslegung von Arnold Zweig, die Bedeutung des Volksmärchens kennen und werden uns in Zukunft immer dafür einsetzen, daß die Unterdrückung der Völker aus unserer Welt verschwindet.

Der Abend ging dann schnell herum. Gesellschaftsspiele und Tanz wechselten ab, Eugen musizierte auf seiner Handharmonika, und unsere Lieder schallten durch das stille Tal unterhalb vom Schainsland. Am Sonntagmorgen, nach dem Kaffeetrinken, setzten wir uns noch einmal für eineinhalb Stunden zusammen. Erst stellte Margret die Frage: Was ist die FDJ, worauf Herbert antwortete: eine Jugendorganisation für den Frieden. Darüber wurde natürlich viel diskutiert, auch darüber, was wir für den Frieden tun können. Wenn wir uns jetzt gerade für die 24 Tage Urlaub für Jugendliche einsetzen, so ist das auch ein Schritt auf dem Wege zum Frieden, so argumentierte Hans, und die anderen ließen sich auch bald davon überzeugen, daß alles was wir tun, um die Grundrechte der Jugend durchzusetzen, dazu beiträgt, daß Ausbeutung und Unrecht verschwinden und dadurch der Krieg unmöglich gemacht wird. Später stellten Eugen, Ruth und Erika noch Fragen, dann beschäftigten wir uns mit der Landkarte Europas, bis schließlich einige von uns ungeduldig an die Zeit erinnerten, denn wir wollten noch vor dem Mittagessen auf den Berg klettern.

Nach dem Mittagessen, für das Hedi verantwortlich zeichnete, die mit Frau Näher eine feine Kartoffelsuppe zustandegebracht hatte, legten sich alle in die Sonne, die schon recht warm machte, Eugen spielte wieder und dann sang alles gemeinsam irgendwelche Schlager, die ja den Jungen und Mädels heute recht im Kopf herumschwirren. Else und Ruth aber hatten zur Feier des Tages dafür Sorge, daß es einen Bohnenkaffee gab und nachdem sich alle noch ausgetobt hatten, wie es sich gehört, saßen sie gern zu einer Tasse Mokka nieder. Bis schließlich Hans zum Aufbruch mahnte, die Rucksäcke wieder gepackt wurden, und nachdem wir uns von unseren freundlichen Herbergslenten verabschiedet hatten, ging es heim über Günterstal.

## Sport im Heimatbezirk

**Fortuna Freiburg — SG. Friedrichshafen 4:2 (2:2)**  
4000 Zuschauer bekamen im Freiburger Mösle-Stadion einen durchschnittlichen Punktekampf zu sehen, bei dem beide Mannschaften zeitweise mit recht guten Leistungen aufwarteten. Die Gäste stellten sich als schnelle Mannschaft vor, deren Sturm es vor allem auf überraschende Durchbrüche abgesehen hatte. Die Hintermannschaft war für den Freiburger Sturm kein ernsthafter Gegner, abgesehen von dem ausgezeichneten Torhüter. Bei den Einheimischen war die Verteidigung der schwächste Punkt, während der Sturm, besonders das Innenfeld, gut gefiel.  
Ein beiderseitiger schneller Start charakterisierte die ersten Minuten des Spieles, wobei die Gäste ein über Erwarten zweckmäßiges, produktives Spiel zeigten, das sie auch schon in der 13. Minute in Führung brachte. Die nun ihrerseits stark drängenden Fortunen beherrschten anschließend fast ausschließlich das Geschehen und Fißli gelang dann auch im Anschluß an eine Ecke durch Kopfball der Ausgleichstreffer. Aber schon drei Minuten später schoß Sachs für die Gäste wiederum zum Führungstreffer ein. Das Tempo verlangsamte sich nun etwas, und erst 15 Minuten vor Halbzeit konnte Lichty durch einen Weitschuß zum Ausgleich einschleusen. Nach dem Wechsel lag das Schwergewicht des Kampfes in den beiderseitigen Stürmerreihen. Die Gäste gewannen jedoch bald etwas an Vorteil und tauchten öfters gefährlich vor dem Tor der Einheimischen auf. Trotzdem schossen die Fortunen in der 63. Minute durch Lichty das Führungstor, dem nach anschließendem ausgeglichener Spiel durch Bantle in der 80. Minute das 4:2 folgte. Schiedsrichter Fries (B.-Baden) leitete gut. —ri-

### Handball

**Landesliga** Der Tabellenführer Köndringen war weiterhin erfolgreich und dürfte sicher der Meisterschaft zusteuern. Im Kampf um den zweiten Platz zwischen Steinen und Grenzach behielten die Wiesentäler mit 2:0 das bessere Ende für sich. Allerdings läuft hier noch ein Protest wegen dieses Spieles. Zwischen Emmendingen, Oberhasen, Weil und Säckingen dürfte es zu einem verbissenen Kampf um die Verbesserung der Plätze kommen. Blau-Weiß Freiburg ist noch ohne Punktgewinn. Tabellenstand: Köndringen 9:16, Steinen 8:13, Grenzach 8:10, Oberhasen 9:9, Emmendingen 8:8, Säckingen 7:6, Weil 8:6 und Blau-Weiß Freiburg 8:0.

### Sport am Oberrhein

**Bezirksliga und Kreisklasse auf Punktejagd**  
 Fahnau ist durch die erneut 4:1 Niederlage in Waldshut von der Spitzengruppe stark abgefallen und damit auch aus dem engeren Wettbewerb um den Meistertitel ausgeschieden. Somit dürfte die Meisterschaft nur noch eine Angelegenheit von Well, Lörrach und Wyhlen sein. Der Tabellenführer Well hatte allerdings viel Mühe, um gegen die absteigsbedrohten Istein zu einem knappen 2:1 Sieg zu kommen. Wehr erhielt 4 Wochen Platzsperre und war so gezwungen in Lörrach zu spielen. Die sowieso vom Abstieg nicht mehr zu rettenden Wehrer verzichteten auf die Punkte, sodaß Lörrach kampflös zu zwei weiteren Punkten kam. Wyhlen siegte ebenfalls, auf Grund der Ueberlegenheit in der ersten Hälfte gegen Haltingen 3:1. Im Mittelfeld werde wohl Fahnau und Waldshut die besten Aussichten auf den 4. Tabellenplatz haben, doch auch Haltingen, Säckingen und Wutöschingen liegen noch günstig im Rennen. Maulburg ist wieder etwas zurückgefallen und wird von den stark aufkommenden Zellern mächtig bedrängt. Die Tabelle führt weiterhin Well mit 24 Punkten vor Lörrach 23 und Wyhlen 20 Punkte an. Das Mittelfeld wird von Fahnau mit 20 Punkten angeführt, es folgen Waldshut 16, Haltingen, Säckingen und Wutöschingen je 15, Maulburg 14, und Zell 13 Punkte. Deutlich distanzierter sind Istein mit 9 und Wehr mit 4 Punkten.

**Kreisklasse, Gruppe II.** Stetten liegt durch den 11:9 Erfolg über Schönau weiterhin ohne Punktverlust klar in Führung. Mit fünf Punkten Abstand folgt Schopfheim Ib auf dem zweiten Tabellenplatz, allerdings wird hier der Tabellendritte Rotweil Lörrach Ib, die Schopfheimer noch mächtig bedrängen, sodaß es zu einem harten Kampf zwischen diesen beiden Reservemannschaften um den zweiten Platz kommen dürfte. Im Mittelfeld liegt Fahnau II mit Steinen zusammen klar in Führung, Schönau und Zell II sind in den letzten Spielen stark zurückgefallen. In der unteren Hälfte versuchen vor allem Brombach und Todtnau an die Mittelgruppe heranzukommen, doch bisher ohne Erfolg. Tümmingen und Haagen dürften kaum vom Tabellenende wegzukommen. Der Tabellenstand: Stetten 14/28, Schopfheim Ib 14/23, Lörrach Ib 11/16, Fahnau II 14/16, Steinen 13/15, Schönau 12/12, Zell II 13/10, Brombach 13/10, Todtnau 12/7, Tümmingen 14/5 und Haagen 14/2. — **Gruppe III.** In der Gruppe III festigte Grenzach seine Tabellenführung durch einen 5:2-Sieg über Tiengen erheblich. Der Hauptverfolger Brennet war spielfrei, doch der zweite Platz blieb ihm weiterhin sicher. Abbruck verlor erneut und kommt immer mehr ins Hintertreffen. Karsau hat durch den 14:1-Bombensieg gegen Säckingen II wieder Anschluss zur Spitzengruppe gefunden und dürfte mit Waldshut II und Tiengen den Kampf um den dritten Platz ausmachen. Der Tabellenstand: Grenzach 15/24, Brennet 14/21, Tiengen 14/15, Waldshut II 11/14, Abbruck 15/14, Karsau 12/13, Rheinfelden II 12/11, Säckingen II 18/11, Laufenburg 13/7, Wehr II 12/4.

# Sport UND Spiel

## Achtungserfolg der Offenburger Boxer

trozt 12:4-Niederlage

Sie waren vor keine leichte Aufgabe gestellt, die jungen Offenburger, als sie zu ihrem ersten Vergleichskampf in Gaggenau gegen den Sportverein Rotenfels antraten, der durch Boxer aus Rastatt wesentlich verstärkt war. Die Kämpfe, die im Saale der Dengler-Gaststätte vor rund 700 Zuschauern ausgetragen wurden, waren fair und doch harte Auseinandersetzungen, die gewiß das Herz eines manchen Freundes des Boxsports höher schlagen ließen.

Bei den beiden Einlagekämpfen standen sich im Jugend-Papiergewicht Dannhauser (Rotenfels) und Frey (OSV) gegenüber. Hier erkämpfte sich Frey gegen den körperlich etwas stärkeren Dannhauser nach einem erbitterten Kampf ein beachtliches Unentschieden. Walz (Rotenfels)-Benz (OSV), die Begegnung im Leichtgewicht, brachte Walz die k.o.-Niederlage in der ersten Runde, nachdem er bereits vorher die Bretter bis 9 aufsuchen mußte. Den ersten Hauptkampf, der von Klein (Rotenfels) und dem jungen Lott (OSV) ausgetragen wurde (Federgewicht), konnte Klein auf Grund seiner Ringführung nach Punkten für sich entscheiden. Im Leichtgewicht bedeutete Krell (Rotenfels) dem Offenburger Miller, dessen Beinarbeit imponierte, keine große Gefahr. Müller setzte dem Eifer des Rotenfelsers eine zum Teil ausgezeichnete Technik entgegen und gewann verdient nach Punkten. Maier (OSV) konnte im Weitergewicht gegen den für Rotenfels kämpfenden Joos nur die erste Runde offen gestalten und mußte sich dann dem härteren und sicheren Gegner nach Punkten beugen. Zwei gleichwertige Weltgewichtler standen sich in dem Rotenfelsler Durrm und dem Offenburger Kienzle gegenüber. Beide zeigten

ansprechende Leistungen und die Punkteteilung wurde beiden Teilen gerecht, wie bei der dritten Weltgewichtsbegegnung zwischen Fischer (Rotenfels) und Mitsch (Offenburg), bei dem hauptsächlich die gute Beinarbeit gefiel.

Im Mittelgewicht traf der für Rotenfels startende Lottermann aus Rastatt auf den jungen Bieser (OSV), der die Schläge des alten Ringfuchses geschickt zu parieren verstand und selbst mit wuchtigen linken Geraden gut durchkam. Der äußerst harte und schnelle Kampf endete mit einem knappen Punktsieg Lottermanns gegen den technisch ausgezeichneten Offenburger. Sehr gut setzte sich Heltz (OSV) gegen den erfahrenen Mattes (für Rotenfels) durch, der auf Grund seiner Ringführung leichte Vorteile hatte. Es kam zu einer umstrittenen k.o.-Niederlage von Heitz. Ohne Höhepunkte war der letzte Kampf, da der Mittelgewichtler Wittmeier (OSV) dem Halbschwergewichtboxer Schmitt (Rotenfels) körperlich nicht gewachsen war und in der zweiten Runde aufgeben mußte.

### Offenburger Kreiswäldlaufmeisterschaften

Die Kreiswäldlaufmeisterschaften des Kreises Offenburg finden am Sonntag, 20. März 1949, in dem Waldgelände von Ohlsbach statt. Folgende Läufe gelangen zur Austragung: Männer Jahrgang 1930 und älter 2100 Meter. Männer Jahrgang 1935 und älter 2100 Meter. Jugend A Jahrgang 1931 und 1932 1500 Meter. Jugend B Jahrgang 1933 und 1934 1500 Meter. Frauen Jahrgang 1930 und älter 600 Meter. Mädchen A Jahrgang 1931 und 1932 600 Meter. Mädchen B Jahrgang 1933 und 1934 600 Meter. Teilnahmeberechtigt sind alle Sportler, die im Besitze eines gültigen Ausweises des südbadischen Leichtathletikverbandes sind. Beginn der Veranstaltung 13.30 Uhr. Meldungen bis 19. März 1949 an Emil Weißer, Offenburg, Weingartenstr. 51.

### Unser Tip für Sonntag

VfL Konstanz — SV Tübingen	2 x 1
SV Rastatt — Fortuna Freiburg	1 x 1
VfL Freiburg — SV Offenburg	2 x 1
Ottenu — Kuppenheim	2 x 2
St. Georgen — Baden-Baden	1 x 2
Mühlburg — VfB Stuttgart	1 x 2
Kick. Stuttgart — Bay. München	x 2
Eintr. Frankfurt — VfR Mannheim	2 x 2
SV Waldhof — FC Nürnberg	1 x 2
Mainz 05 — Neustadt	2 x 1
Worms — Phö. Ludwigshafen	2 x 1
Zähringen — VfL Freiburg (Handball)	2 x 1
Friedrichshafen — Reutlingen	1 x 1
Bl. W. Freiburg — Gutach	2 x 2

### Der Tabellenspiegel

Süddeutsche Oberliga						
Kickers Offenbach	22	18	3	1	69:22	30
VfR Mannheim	22	11	6	5	34:33	26
Stuttgarter Kickers	22	10	6	6	46:32	26
München 1899	20	9	7	4	42:32	24
FSV Frankfurt	22	10	6	7	39:33	24
Schwaben Augsburg	21	8	6	7	32:32	22
VfB Stuttgart	21	9	4	8	36:39	22
FC Schweinfurt	23	9	4	10	34:37	22
VfB Mühlburg	22	7	7	8	41:36	21
FC Nürnberg	22	6	9	7	39:37	21
Eintracht Frankfurt	23	6	11	10	41:40	20
TSG Ulm	22	6	3	13	24:39	15
BC Augsburg	22	6	2	14	29:47	14
FC Rodelheim	22	4	2	16	26:61	10

Zonenliga Südbaden						
Fortuna Freiburg	16	8	4	3	33:19	28
Eintracht Singen	16	8	4	4	24:11	26
SV Rastatt	15	8	3	4	39:32	19
SV Tübingen	15	6	6	3	27:20	18
ASV Villingen	15	5	6	4	22:19	16
SSV Reutlingen	15	5	6	5	20:19	16
VfL Schweningen	15	5	6	5	21:23	16
SV Biberach	15	4	5	7	25:28	13
VfL Konstanz	16	4	5	7	25:28	13
SG Friedrichshafen	16	3	3	8	30:36	13
VfL Freiburg	15	4	3	8	16:28	11
Offenburger SV	15	2	5	8	16:30	9

Landesliga Südbaden						
Kuppenheim	16	12	1	3	43:21	25
Lahr	15	10	4	1	38:16	24
Baden-Baden	16	10	0	6	48:27	20
Ottenu	15	8	2	5	44:29	18
Rheinfelden	16	7	4	7	35:30	18
Schopfheim	14	6	4	4	38:28	16
St. Georgen	16	6	3	7	30:37	15
Emmendingen	16	6	3	8	35:39	14
Gutach	16	5	4	7	24:33	14
Stockach	15	5	2	8	23:34	12
BW Freiburg	15	3	3	9	21:31	9
Engen	16	1	1	14	15:69	3

17. März 1949 — UNSER TAG — Nr. 32 Seite 6

**Nachruf**  
 Durch das Hinscheiden unseres Genossen  
**MAX OBHOF**  
 verliert die Ortsgruppe Lahr einen aktiven Kämpfer für Demokratie und Sozialismus. Wir werden ihm stets ein treues Andenken bewahren.  
**Kommunistische Partei**  
**Ortsgruppe Lahr.**

**Bekanntmachung**  
 Am Montag, den 21. März 1949, vormittags von 9—11 Uhr und nachmittags von 14—16 Uhr, findet im Staatl. Gesundheitsamt Offenburg, Hauptstraße 5, 3. Stock, Zimmer 6  
**eine fachärztliche Beratungsstunde**  
 statt. Erwachsene und Kinder, die körperbehindert sind oder Wachstumshormel aufweisen, werden unentgeltlich beraten.  
 Staatl. Gesundheitsamt Offenburg

**Gewerbeschule Konstanz, Abt. Berufsschule**  
 Sämtliche Volksschulclassen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, die zur Zeit keine Gewerbe-, Handels- oder Landwirtschaftsschule besuchen, haben sich am Montag, den 21. März 1949, vormittags 8 Uhr in der Gewerbeschule Konstanz zur Anmeldung einzufinden, ohne Rücksicht auf ihre derzeitige Beschäftigung. Die Direktion.

**Kindernährmittel**  
 für März  
 Haferlocken / Grieb-Nestle  
**Alte-Milch**, markenfrei  
**BECK Drogerie**  
 Freiburg i. Br., in der Universitätsstr.

**Kleinanzeigen**  
 finden in UNSER TAG  
 große Verbreitung!

**Professae Dr. Siegeet**  
 Facharzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe  
 Sprechstunde: Freiburg i. Brsg., Schillerstraße 22  
 Montag bis Freitag 9-12 Uhr, sonst nach Vereinbarung.

**Großes Konzert**  
 veranstaltet der  
**Musikverein Kork**  
 am Sonntag, den 20. März, nachmittags 14 Uhr im  
**Kinosaal zu Kork.**  
**2 Stunden höchsten musikalischen Erlebens!**  
 Es ladet ein  
**Musikverein Kork.**

**FORD 4Zyl**  
**TYP „Ruhr“**  
**3 TONNER**  
  
 Lieferbar durch:  
**Gebr. Keller**  
 Engen Villingen  
 280 Telefon 2080

**FILM**  
**Stadthalle - Lichtspiele**  
**Offenburg**  
 Vom 18. bis 24. März zu den bekannten Anfangszeiten  
**Der himmlische Walzer**  
 mit Elise Mayerhofer.  
 Achtung! In 4 Sondervorstellungen am Samstag 15.30, Sonntagmorgen 11.00, u. Mittwoch 15.30 u. 20.30 der große Aufklärungsfilm  
**Kampf dem Krebs**  
 Jeder siebente Mensch stirbt an Krebs. Krebs ist heilbar! Jugendverbot bis 16 Jahre!

**Adler-**  
 Lichtspiele Achern-Oberachern  
 Von Freitag, den 18. bis Mittwoch, den 23. 3. 1949  
**Ehe im Schatten**  
 Das Schicksal eines berühmten Schauspielerehepaares. Die Tragik einer Mischehe. Einer der besten deutschen Nachkriegsfilme mit Paul Klüger, Ilse Steppat und Willi Prager.  
 Wochentags 20 Uhr, sonntags 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr. Samstags keine Vorstellungen.  
 Heute Donnerstag, den 17. fällt die Vorstellung aus.  
**Achtung!** Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 22., 23., 24. März jeweils 15 Uhr:  
**Kindervorstellungen!**  
**Pat und Patachon**  
 Einheitspreis 80 Pfg.

**Radio gegen Ratenzahlung!**  
 Jedermann erhält bei Anzahlung ein **Radio-Gerät.**  
 Restbetrag gegen Ratenzahlung nach Vereinbarung. Kostenlose fachmännische Beratung und Vorführung durch  
**Rheinelektro Achern**  
 Ratskellerstraße 7, Telefon 644

**Unser Angebot für den Haushalt**  
**Zink-waren**  
 Eimer 30 cm Ø 3.35  
 Ovale Wannen 40 cm Ø 3.50  
 Runde Wannen 38 cm Ø 3.90  
 Gießkannen 22 cm Ø 5.85

**Hans Guck-in-die-Luft**  
  
 „Seht den Hans Guck-in-die-Luft!“  
 Laut die Stammtischrunde ruft.  
 „Was gesch'hn in Olms Zelten, Bringt der Mensch als Neugkeiten!“  
 Laß dich nicht noch mal erwischen Solche Bärte aufzutischen!“

**Die Kaufstätte**  
 G. m. b. H.  
 Baden-Baden, Langestr. 37  
 Hyg. Gummischutz:  
 Blausiegel-Gold 15 Stück 5.— DM  
 Spezial-Marke 15 Stück 4.— DM  
 Neckarversand, 14a Nordheim 1. Württemberg 75.

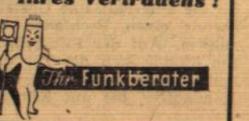
Ihr Wunsch zum Eigenheim wird durch das ideale 3-Zi-  
**Haus 333**  
 auch mit bescheidenen Mitteln Wirklichkeit werden, da mehrere Bauabschnitte möglich. Druckschrift mit Plan DM. 4.— durch Erich Horn, Offenburg i. B.

**Der Freie Bauer**  
 die gute illustrierte 12 Seiten starke Wochenzeitschrift mit vielen praktischen und nützlichen Winken für jeden Landwirt, erscheint wieder regelmäßig. Preis DM —.20. Zu beziehen durch jede Agentur der Zeitung UNSER TAG oder direkt beim Südwest-Verlag e.G.m.b.H. Offenburg Postfach 361

**Offene Stellen**  
 Krankenschwester - oder Helferlin, welche ein gutes Einfühlungsvermögen besitzt, in Privathaushalt bei kinderlosem Ehepaar, bei guter und freier Kost und Logie und guter Bezahlung, nach Möglichkeit für sofort gesucht. Mithilfe im Haushalt erwünscht. Mädchen vorhanden. Alter nicht über 30 Jahren. Angebote mit Zeugnissen u. Gehaltsansprüchen unter 35-244 an U. T. Offenburg, Postfach 361.  
 Heimarbeit, auch selbst. Existenz, vergibt URANIA, (21a) Lemgo 59 Arbeitsunterl. DM 1.25. Freikuvert erwünscht. (A 10-1)  
**zu verkaufen**  
 Gute Konzertgeige zu verkaufen. Zu erfragen: Hördn-Murgtal, Bernsteinstr. 217. (32-246)  
 Verkauf: 1 Bettstelle, Nachttisch, Chaiselongue. Anzusehen: Samstag, ab 17 Uhr, Friedrichstraße 37, Offenburg.

**2. Versteigerung**  
 Freitag, 19. u. Samstag, 20. März, jeweils 10 und 14 Uhr in freier. Auftrag gegen bar u. 10 Prozent Aufgeld, im Saale zum „Römischen Kaiser“ Offenburg, Lange Straße.  
 Freitag, 10 Uhr: Wirtschaftsgüter, Weir- und Biergläser, gr. Aluminium-Kochtöpfe und Pfannen, Metzgereiartikel, Korbflecken, Aufschnitt- und Brotmaschine, Gas- und Kohlenherd, Schränke, Betten, Vertikow, Kommode, Dipl.-Schreibtisch, Nachttische, Auswärtstisch, Spiegel usw. Besichtigung jeweils 1 Stunde vor Beginn.  
**E. Diebold**  
 Versteigerer und Schätzer, Offenburg, Klosterstraße 5  
 Annahme von Versteigerungen aller Art, auch Einzeilmöbel.

**Ein neues Radio-Freude und Stolz der ganzen Familie!**  
 Zu sehr günstigen Bedingungen können Sie jetzt bei mir ein neues Radio-Gerät kaufen! Geben Sie mir ein altes, ausgedientes Radio-Gerät zurück, erhalten Sie bis zu  
**15% Nachlaß**  
 für Ihren Neukauf!

**Radio-Lauber**  
 Freiburg i. Br., Kronenstr. 14  
**Das Fachgeschäft Ihres Vertrauens!**  


Wer die Zeitung stets studiert, Weiß, was heute interessiert Und der Zeitungsabonnent Alle Neugkeiten kennt:  
**Wer die Zeitung abonniert, ist stets bestens informiert!**

**KONSPEKT über „Das Kapital“ von Friedrich Engels**  
 Engels zeigt hier den Weg, auf dem wir in die Lehren des „Kapital“ eindringen müssen. Deshalb wird der Konspekt für das Studium der Marxischen Politischen Ökonomie ein wichtiger Führer sein  
 broschiert DM 6.80  
 Zu beziehen durch den Südwest-Verlag Offenburg, sowie durch sämtliche Agenturen, Geschäftsstellen und Aus-träger von UNSER TAG.